Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 15 Sgr. — Insertionsgebühr für den Raum einer sechstheiligen Zeile in Petitschrift 2 Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 244. Mittag-Ausgabe. Vierundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. Mittwoch, den 28. Mai 1873.

Deutschland.

O. C. Reichstags-Verhandlungen.

40. Sitzung des Reichstages. (27. Mai.)

12 Uhr. Am Tische des Bundesrathes v. Roon, Delbrück, v. Kameke u. A. Ein Schreiben des Reichskanzlers benachrichtigt den Reichstag, daß der Bundesrath dem Beschlusse des Reichstages in Betreff der Errichtung eines Reichstagsgebäudes beigetreten sei und die Commission in Gemäßheit des zweiten Theiles jenes Beschlusses zur möglichst schleunigen Abgabe eines neuen Vorschlages aufgefordert habe. Nach einem zweiten Schreiben des Reichskanzlers sucht der preußische Oberstaatsanwalt zu Marienwerder die Ermächtigung des Reichstages zur strafrechtlichen Verfolgung des Reichstagsmitgliedes Dr. v. Jadzewski wegen einer von demselben gehaltenen Predigt nach. Dieses Schreiben wird der Geschäftsordnungscommission überwiesen.

Präsident Simson theilt unter verschiedenen Urlaubsgesuchen auch eines des Abg. Braun (Hersfeld) mit, der von einem Krankheitsanfall, der ihn vor einer Woche betroffen, so weit hergestellt ist, daß er die Rückreise in die Heimath antreten kann.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste und zweite Berathung des Postvertrages zwischen Deutschland und Italien, der für den einfachen frankirten Brief über die Postkarte bis zum Gewicht von 15 Grammen ein Porto von 2½ Gr. oder 30 Centimes, für den unfrankirten 5 Gr. oder 60 Centimes, übereinstimmend mit den Vorschriften der mit Spanien und Portugal abgeschlossenen Postverträge festsetzt; für Drucksachen unter Kreuzband ⅓ Gr. oder 5 Centimes für je 50 Gramme, ebenso für Waarenproben in einer nicht festen Verpackung, welche eine Prüfung des Inhalts zuläßt, ohne Kaufwerth, ohne handschriftlichen Vermerk und die bis zu einem Gewicht von 250 Grammen; für Handels- und Geschäftspapiere und Manuscripte unter Band und ohne schriftlichen Vermerk bis zum Gewicht von einem Kilogramm 2½ Gr. oder 30 Centimes für je 100 Gramme.

Bei Abweichungen von diesen Vorschriften werden Drucksachen, Waarenproben und Manuscripte wie Briefe taxirt. Portofreiheit wird nur der Correspondenz in Postdienst-Angelegenheiten eingeräumt. Die Abrechnungen werden monatlich aufgestellt, von Quartal zu Quartal zusammengefaßt und die Guthaben mit Wechseln auf Berlin resp. Rom ausgeglichen, wobei der Silbergroschen mit 12½ Centimes berechnet wird. Für den internationalen deutsch-italienischen Verkehr fällt nach dem Muster des deutsch-französischen Vertrages jede Abrechnung fort, da jede Verwaltung die bezogenen Portobeträge ungetheilt bezieht. Die Correspondenz Italiens mit dem Großherzogthum Luxemburg wird in dieses System mit aufgenommen und von der deutschen Verwaltung übernommen. Der Austausch erfolgt in geschlossenen Briefpacketen via Oesterreich, Schweiz, Frankreich und Belgien je nach der Wahl der absendenden Verwaltung; die Transitkosten werden zunächst von der Verwaltung ausgezahlt, welche die günstigsten Bedingungen von dem den Transit leistenden Lande erlangt hat. Die deutschen Briefpackete werden auf den italienischen Seepostrouten nach dem Grundsatz der Gleichstellung mit den meistbegünstigten Nation nach Egypten, Indien, Japan, China und Australien weiter befördert, eine sehr wichtige Errungenschaft den Ueberseegewicht der Ueberlandspostroute über Brindisi gegenüber der Marseiller und Triester Route. Mit Rücksicht darauf sind bereits Einleitungen zum Abschluß direkter Postübereinkunft mit den Postverwaltungen Ostindiens und Australiens eingeleitet.

Generalpostdirector Stephan: Wenn wir um etwa 15 Jahre im Geiste zurückversetzen, so finden wir auf der apenninischen Halbinsel 8, in Deutschland 16 verschiedene Postverwaltungen, jede mit der vollen Autonomie der internen Gesetzgebung. Die naturgemäße Folge dieses Zustandes war ein buntes Gewirr in den Tarifen, eine große Verschiedenheit in den Gewichtsstufen und eine unglaubliche Mannigfaltigkeit der Transitbestimmungen und Speditionsverhältnisse. Im Jahre 1858 kostete ein Brief im Gewicht von 15 Gramm, dem heutigen einfachen Briefgewicht, nach Neapel 13 Sgr. Porto, welches in verschiedene aliquote Theile zerfiel, auf deren jeden eine andere Gewichtsprogression Anwendung fand. Dann war der Brief aber noch nicht bis zu seinem Bestimmungsort frankirt, sondern dort von dem Adressaten ein weiteres Porto erhoben, welches für den Absender meist eine unbekannte Größe war. Die Berechnung desselben war so schwierig, daß man mit einer cubischen Gleichung weit eher fertig wurde, als mit einem solchen Exempel, ja es scheint, daß oft die Hälfte aller Sendungen nach den Principien der Wahrscheinlichkeitsrechnung taxirt wurden. Das Verhältniß dieser Lage war, daß wir vollständig von Frankreich und Oesterreich abhängig waren, so daß Briefe aus Berlin am Besten über Paris und Marseille, Briefe aus Köln am Besten über Prag und Wien gingen. Jetzt haben wir directe Beziehungen mit Italien, wir sind im unmittelbaren Austausche unabhängig von den Verträgen zwischenliegender Staaten. Wir schicken den Brief mit einer Reichsbriefmarke zu 2½ Sgr. und er geht vollkommen frei von Memel bis an den südlichsten Punkt Italiens. Der Nutzen dieses Resultates ist so greifbar, daß ich einfach mit dem Wunsche schließen kann, es möge dem hohen Hause gefallen, diesem Vertrage seine Genehmigung zu ertheilen.

Abg. Schmid (Stettin): Die Legislaturperiode des Reichstages ist arm an Handels- und Schiffahrts-, aber reich an Postverträgen; der italienische ist der siebente und binnen Kurzem wird wahrscheinlich noch ein Additionalvertrag mit Schweden vorgelegt werden. Ein höheres Porto als 2½ Sgr. haben nur noch Rußland, Schweden, Portugal, Spanien und Frankreich. Diese Ungleichheit wird immer auf's Neue den Wunsch einer Tarifermäßigung in den genannten Ländern erregen. Der Verkehr von Deutschland nach Italien beträgt an Briefen, Drucksachen und Waarenproben 672,000 Stück, aus Italien nach Deutschland 588,294 Stück. Zum ersten Mal werden die Postkarten in einem Vertrage eingeführt. Sie verbreiten sich immer mehr in der Welt; ich habe hier eine aus Ceylon mit einer Briefmarke, die das Bild der Königin Victoria zeigt, ein Beweis, daß Verhältniß zur geographischen Entfernung keineswegs immer mehr verzinst und verschönert; eine andere aus Chili. Wir müssen uns freuen, daß von sämmtlichen europäischen Staaten nur noch Rußland den Postkartenverkehr nicht zuläßt; es dort noch werden sie gewiß bald zugelassen werden. Es findet nach Italien der Postanweisungsverkehr statt, aber eine besondere Bestimmung ist im Vertrage nicht aufgenommen. Der Vertrag mit Oesterreich-Ungarn ist insofern besser, als wir nur 1 Sgr. Briefporto bezahlen, aber der Postanweisungsverkehr dorthin fehlt noch. Es bleiben also noch viele Ungleichheiten im politischen Verkehr zu glätten. Im Uebrigen bitte ich Sie, den Postvertrag zu genehmigen.

Generalpostdirector Stephan: Der Vorredner hat mit Sachkenntniß die Länder bezeichnet, in denen noch ein höheres Portosatz als 2½ Sgr. existirt. Im Verkehr mit Rußland wird vorläufig ein weiterer Fortschritt nicht zu machen sein, da es in seinem eigenen Innern noch den Satz von 3 Sgr. hat; im Verkehr mit Spanien und Portugal wird eine Ermäßigung nicht zu erwarten sein; zu einer Ermäßigung auf 2½ Sgr. überzugehen; nach Abschluß des vorliegenden Vertrages ist bereits an die französische Postverwaltung geschrieben worden. In den Verträgen mit Spanien und Portugal ist eine bindende Klausel enthalten, wonach im Laufe dieses Jahres, spätestens aber mit dem 1. Januar 1874 der Portosatz von 2½ Sgr. angenommen werden soll. Beide haben sich auf eine Anfrage bereit erklärt, eine Ermäßigung bereits mit dem 1. October 1873 eintreten zu lassen. Es bleibt also nur noch übrig, Griechenland in den Postverkehr hineinzuziehen, mit welchem Lande Oesterreich bereits verhandelt.

Ohne Discussion wird darauf der Postvertrag mit Italien auch in zweiter Berathung genehmigt.

Darauf wird die gestern unterbrochene allgemeine Berathung des Reichshaushaltsetats für 1874 fortgesetzt.

Abg. Miquel: Die Abgg. Richter und v. Benda haben gestern ein ziemlich düsteres Bild von der Gegenwart und Zukunft der Reichsfinanzen entworfen. Ich bin schon jetzt rechnet ein Deficit vorhanden, das nur durch die Ueberschüsse des Vorjahres gedeckt worden; derartige Ueberschüsse seien aber für die Zukunft nicht mehr zu erwarten. Sie vergaßen aber dabei, daß auch die Matrikularbeiträge zu den ordentlichen Einnahmen des Reiches gehören und daß deshalb ein Deficit gar nicht zu wachsen, ist der Ummandlung bis in das Reich sich vollziehen. Die Summe, welche die norddeutschen Staaten im Jahre 1870 an Matricularbeiträgen zu zahlen haben. Im Jahre 1870 betrugen für den norddeutschen Bund die Matrikularumlagen 25,754,723 Thlr., jetzt werden für das ganze Reich beantragt nur 23,110,036 Thlr. Wollten wir nach dem Verhältniß von 1870 die Matrikularumlagen erhöhen, so würde das Defizit von 6 Millionen, von dem Richter sprach, verschwinden. Die Finanzverhältnisse des Reiches unterscheiden sich wesentlich und zwar in bedenklicher Weise von denen aller Einzelstaaten dadurch, daß dem Reiche jedes Correctiv für die durch die Natur der Sache bedingte Erhöhung der Ausgaben fehlt. Wenn in den Einzelstaaten die Betriebs- und Verwaltungsausgaben und die Gehälter steigen, so ist das natürliche Correctiv dafür die Erhöhung der Landesrevenuen, die Erhöhung des Werthes und die Preissteigerung des Ertrages der im Besitz des Staats befindlichen Werthobjecte. Das Reich aber besitzt mit Ausnahme der Eisenbahnen in Elsaß-Lothringen gar kein productives Vermögen; aber gerade bei den Eisenbahnen ist auf eine dauernde Steigernng der Revenuen gar nicht zu rechnen. Nun aber hat das Reich mit allen Einzelstaaten gemein das parmanente Wachsthum seiner Ausgaben als die natürliche Folge der Entwickelung aller Staaten.

Ich mache mir darüber gar keine Illusionen, daß, wenn wir unsere Militärmacht beibehalten wollen, wir allerdings zu einer erheblichen Erhöhung des Militäretats werden schreiten müssen. Die Ausgaben im Reich sind bis jetzt noch nicht in dem Maße gewachsen, wie wir erwartet haben, weil das Reich in seiner Behörden-Organisation erheblich zurückgeblieben ist, weil es noch heute einen großen Theil seiner Aufgaben durch Requisition der Beamtenschaft seiner Einzelstaaten erfüllt. Ob das in Zukunft so bleiben wird, ist mir fraglich. Das Reich bedarf durchaus einer soliden Festigkeit in dem Personal seiner Beamtenschaft, was wiederum die Ausgaben des Reiches erheblich vermehren muß und somit eine Steigerung der Matrikularumlagen erfordert. In solcher Weise vor eine permanente Vermehrung der Ausgaben und vor einen von Jahr zu Jahr sich steigernden Militäretat gestellt, haben wir uns zu fragen, ob das Reich nicht dringend nothwendig andere Einnahmen sich verschaffen muß als die Matrikularumlagen. Letztere sind vom Standpunkt der Volkswirthschaft und der Gerechtigkeit verurtheilt (Sehr richtig!); sie sind bisher nur ein trauriger Nothbehelf gewesen. Daß ein Staat wie Waldeck, den ich zu vertreten die Ehre habe, dieselbe Quote Reichssteuer zahlen muß, wie die reiche Hansestadt Bremen, das finde ich allerdings der Gerechtigkeit geradezu ins Gesicht geschlagen. Die Umwandlung der Matrikularbeiträge ist geradezu eine Bedingung für die Fortdauer und die Existenz der Einzelstaaten. Bei dem fortwährenden Wachsen der Matrikularumlagen muß nothwendig ein Zustand eintreten, wo viele deutsche Staaten nicht mehr mit können, und sie nach Preußen mit der Bitte um Annexion kommen. Woher soll nun aber das Reich die neue Deckung für seine Finanzzwecke hernehmen? Ich bedauere, daß der Bundesrath in dieser Hinsicht einen resultatlosen Anlauf genommen, der eine große Beunruhigung im Lande hervorgerufen hat. Ich gehe auf eine Kritik der Tabaks- und Börsensteuer nicht ein.

So viel ist gewiß, daß bei der gegenwärtigen Stimmung im Reichstage, in Bezug auf die beiden Steuern eine klare und bestimmte Finanzpolitik der Regierung, ein festes Vorgehen, eine klare und sichere Initiative nothwendig ist, um überhaupt zu einer Beschlußfassung im Reichstage zu gelangen. Wenn wir aber in dieser Beziehung so große Anläufe nehmen, ohne irgend ein Resultat, so liegt das wesentlich daran, daß wir kein Reichsministerium haben, daß wir nicht einen Finanzminister haben, der es sich zur Aufgabe seines Ressorts macht, eine Finanzfrage als Reichsfrage zu behandeln. (Zustimmung links.) Ich persönlich finde die Hauptschwierigkeit der Vermehrung der eigenen Einnahmen des Reichs in dem Verhältniß des Reichs zu den Einzelstaaten, und vor Allem in der mangelnden constitutionellen Befugniß der preußischen Kammern. Es giebt hier offenbar zwei Wege. Entweder decretirt man ganz neue Reichssteuern und alsdann müssen selbstverständlich die Matricularumlagen herabgehen und muß ein Ueberschuß in den Kassen der Einzelstaaten entstehen. Nun ist aber das preußische Abgeordnetenhaus nicht in der Lage, seinerseits zu Gunsten des Reichs von diesem Ueberschuß direkt profitiren zu können, weil es kein Steuerbewilligungsrecht hat. Es ist daher der korrekte Weg anzufangen nicht beim Reiche, sondern bei den Einzelstaaten. Diese müssen auf Besteuerung bestimmter Objekte vorher verzichten und alsdann müssen diese Steuern dem Reiche überwiesen werden an Stelle der Matricularumlagen. Nicht das ist die Aufgabe eines Volksvertreters die Ausgaben möglichst klein zu machen, sondern keine unnütze Ausgaben, keine Verschwendung zuzulassen. Die ganze Finanzlage des Reiches ist der Art, daß wirklich nothwendige Ausgaben auch bewilligt werden können.

Der naturnothwendige Gang der Entwickelung, ich wiederhole es, muß unbedingt zu der Bildung eines Reichsministeriums führen. Ich habe in dieser Beziehung die Rede des Herrn Minister v. Kameke mit Freuden begrüßt. Er sagte uns, er wünsche gar nicht das Pauschquantum die Kriegsverwalung stehe sich besser bei einem specialisirten Etat. Ich hoffe diese Erkenntniß ist nicht etwa blos hervorgegangen aus der Erwägung, es sei bei einem Specialetat leichter, höhere Bewilligungen vom Reichstage zu bekommen. Jedenfalls aber ist gewiß, daß diese Aeußerung des Kriegsministers einen konstitutionellen Fortschritt bedeutet. Vor 6 Jahren wurde uns vom preußischen Kriegsminister vorgestellt, der Bestand des ganzen Herres sei aufs Aeußerste gefährdet, wenn der Etat des Heeres jedes Jahr vorgelegt werden solle. Heute sind wir also doch schon etwas weiter gekommen. (Heiterkeit) — Wenn nun die Ausgaben für die Armee bewilligt werden sollen, so setzt das allerdings die vollste Offenheit in allen Beziehungen Seitens der Kriegsverwaltung voraus. Je offener und klarer alles erforderliche Material beigebracht wird, um so leichter wird die Bewilligung zu erhalten sein, Die Mehrheit dieses Reichstags steht nicht auf dem Standpunkt, die Kriegsmacht Deutschlands zu Lande und zu Wasser irgend schwächen zu wollen, sondern wir sind sämmtlich von der Nothwendigkeit durchdrungen, daß die zur Kriegsmacht Deutschlands erforderlichen Mittel bewilligt werden müssen. (Beifall).

Abg. v. Below befürwortet im Anschluß an die gestrigen Ausführungen v. Behrs nochmals ausführlich die Nothwendigkeit der Aufhebung der Eisenzölle mit Rücksicht vor Allem auf die Bedürfnisse der Landwirthschaft und der Industrie in den östlichen Provinzen,

Abg. Harkort scheint, soweit er auf der Tribüne verständlich ist, den Marineetat einer strengen Kritik zu unterwerfen und namentlich hervorzuheben, daß gewisse Voraussetzungen der Technik, von denen die Verwaltung ausgeht, in Betreff der Panzerung, zur Zeit noch bestritten sind.

Abg. v. Minnigerode spricht seine Freude darüber aus, daß die Ostsee zu ihrem Rechte kommt. Es war ursprünglich nur eine große Flotte für die Nordsee vorgesehen, deren große Schiffe auf der Ostsee gar nicht gebraucht werden konnten. Jetzt sollen für die Ostsee leichtere, nicht so tief gehende Schiffe gebaut und Danzig wieder zu einem Stützpunkte für die Operationen derselben gemacht werden. Die Kosten sind in den 72 Millionen resumirt; über 21 Millionen ist für das nächste Jahr disponirt, indem sie auf die reservirten 1½ Milliarden angewiesen sind. Redner steht mit dem Abg. Miquel auf dem Standpunkte, daß die Matricularbeiträge sich überlebt haben und daß directe Reichssteuern mit auskömmlichem Ertrage geschaffen werden müssen. Es ist nothwendig, zur Verbesserung der Lage der Unteroffiziere zu schreiten, es ist nur zu bedauern, daß es so spät geschieht. Daß bei der Behandlung dieser Vorlage zugleich das Pauschquantum in Mitleidenschaft gezogen werden muß, ist nicht nothwendig, denn es handelt sich hierbei um einen Nachtragsetat. Ein Conflict auf diesem Gebiete ist nicht zu fürchten, denn nach den bisherigen Erfahrungen wird das Haus in seiner Mehrzahl für die Stärke der Wehrkraft eintreten.

Die Frage der zwei- oder dreijährigen Dienstzeit sollte hier nicht in die Discussion gezogen werden. Es ist von militärischen Autoritäten anerkannt, daß bei den Specialwaffen, Cavallerie, Artillerie und Pionnieren, von einer zweijährigen Dienstzeit gar keine Rede sein kann. Soll nun die zweijährige Dienstzeit blos bei der Infanterie eingeführt werden? Das läßt sich mit der Gerechtigkeit wohl nicht vereinbaren. Auch verleitet nicht die Furcht vor der dreijährigen Dienstzeit zur Auswanderung, sondern die Furcht vor der Eventualität eines Krieges. Um diejenigen, welche deshalb auswandern, trauert das Vaterland nicht. Der Abg. Richter hat ferner behauptet, daß die bürgerliche Gesetzgebung hätte gegen die militärische zurücktreten müssen. Das neue junge Reich, das wie an einem Sommertage entstanden ist, muß zunächst auch nach Außen erstarken, darf nicht von der Laune und Willkür eines mächtigen Nachbars abhängig sein. Ein alter Römer hat gesagt: qnid leges sine moribus? Heute möchte man beinahe sagen: quid leges sine militibus? Viele Forderungen sind ideell sehr zu wünschen, stoßen aber in der Praxis auf große Bedenken. Redner wendet sich schließlich zu dem Antrage, betr. die Aufhebung des Eisenzolles und begrüßt denselben als einen kräftigen Schritt vorwärts auf dem Gebiete der Verkehrsfreiheit, derjenigen Form der Freiheit, deren Segen von den Wenigsten bestritten wird, weil sie für Alle gleiches Licht und gleiche Waffen vertheilt.

Abg. Mosle begrüßt die Forderungen für die Marine mit Freuden; nur zwei Punkte in der Denkschrift kann er nicht billigen, einmal, daß die Geldmittel nicht mit einem Male gefordert werden, sondern auf eine Reihe von Jahren vertheilt sind, so daß sie in jedem Jahre von Neuem der Bewilligung des Reichstages unterliegen, und zweitens, daß nichts über den Bau des Nord-Ostsee-Canals gesagt ist. Man habe der Marine zwar immer Sympathie bewiesen, aber größtentheils eine recht unfruchtbare; der Geldbeutel sei stets zugeknöpft geblieben und an kurzsichtiger Splitterrichterei habe es nie gefehlt. So sei gestern noch der Admiral Jachmann, der sich in diesem Saale nicht vertheidigen könne, hart, aber mit Unrecht angegriffen worden. Derselbe sei ein tüchtiger Marineoffizier, hervorgegangen aus der Handelsflotte, aber darauf, ein eminentes Organisationstalent zu sein, habe er keinen Anspruch gemacht und auch nicht machen können. Nun sei ja auch in dieser Beziehung für die Marine sehr gut gesorgt und die Vorlage mache einen glücklichen Anfang damit, eine des deutschen Reichs würdige Kriegsflotte zu schaffen. Man möge auch nicht von Experimenten sprechen; ohne Experimente, bei denen die Gefahr des Mißlingens allerdings nie ganz zu umgehen sei, schaffe man keine große Marine. Aber auch nicht, wenn man nicht den Geldbeutel ganz und gar öffne, und deshalb behalte er sich einen Antrag vor, die nöthigen Mittel sofort aus der Kriegscontribution zu bewilligen. Was den Nord-Ostsee-Canal betreffe, so habe Richter gestern sehr Recht gehabt, wenn er gemeint habe, der Bau dieses Canals spare dem Reiche eine größere Anzahl von Kriegsschiffen.

Dieser Kanal dürfe nicht Preußen überlassen werden; Preußen dürfe sich nicht in die Rolle eines Wohlthäters des Reichs einleben; der preußische Particularismus, der gefährlichste von allen, würde dadurch mehr, als nöthig gestärkt, für den Fall eines Krieges würde der Nord-Ostseecanal von unberechenbarem Nutzen sein; denn die Improvisationen von Kriegsflotten kosteten eine furchtbare Masse Geld. Was das Kadettenhaus in Lichterfelde betreffe, so werde er die Mittel bewilligen, nicht weil er für die militärische Massenerziehung schwärme, sondern weil er zu der vorzüglichen Organisation unserer Militärverwaltung ein unbegrenztes Vertrauen habe. — Was die Eisenzölle anbetreffe, so werde er gern für ihre möglichst schleunige Aufhebung stimmen, aber darin müsse er Richter durchaus beistimmen, daß es der Reichsfinanzpolitik ganz und gar an einer kühnen und energischen Leitung fehle. Die hin- und herschwankenden Berathungen des Bundesraths über die Abschaffung der Salz- und die Einführung der Tabaksteuer hätten in den Handels- und Fabrikantenkreisen die bedenklichsten Verwirrungen hervorgerufen und Speculationen provocirt, die in ihren Rückschlägen zu den größten Verlusten geführt hätten.

Abg. Lasker: Die letzte Beschwerde des Vorredners unterschreibe ich vollständig. Mit den Gegenständen eines so umfangreichen Handels darf man nicht ein leichtes Spiel treiben; man kann es dem Handelsstande nicht verdenken, wenn er Berathungen des Bundesrathes ein größeres Gewicht beilegt, als leichtfertigen Zeitungsnotizen. Nach all den Berathungen des Bundesrathes über eine Steuerreform geschieht nun gar nichts und auch über seine ferneren Absichten erfährt man nichts, als was man aus der Lektüre halbofficiöser Schriftsteller schöpft, die sich auf erlaubtem oder unerlaubtem Wege in den Besitz von Nachrichten gesetzt haben. (Heiterkeit.) Auf diesem Wege ist die Mittheilung in die Welt gegangen, daß der Bundesrath nicht abgeneigt sei, die Eisenzölle aufzuheben und sofort ist ein Antrag von jener Seite in diesem Sinne da. Im Allgemeinen bin ich dagegen, daß aus der Mitte des Reichstages ein Steuergesetz vorgeschlagen wird und am allerwenigsten gefällt mir ein solches Hineindilettiren in den Zollvereinstarif, aber wenn der Bundesrath offen erklärt, daß er die Eisenzölle ablehnen will, so werde ich zustimmen. Nur wünschte ich, daß die Herren von der Rechten endlich von dem Märchen abließen, daß die Abschaffung der indirecten Steuern nicht dem Volke, sondern nur den Zwischenhändlern zu Gute komme. Als wir im vorigen Jahre die Abschaffung der Salzsteuer verlangten, sagten uns diese Herren: das hilft dem Volke gar nichts; den Segen der Aufhebung der Eisenzölle aber soll das ganze Volk empfinden, wie uns Herr v. Below auseinandergesetzt hat. (Heiterkeit. Sehr gut!) Mögen sich die Herren doch vor solchen Inkonsequenzen hüten!

Hauptsächlich habe ich mich zum Wort gemeldet, um einiges auf die gestrige Rede des Abgeordneten Richter zu antworten. Dieselbe war zu meinem Bedauern nicht frei von Uebertreibungen, welche ihrem Eindruck mehr schaden, als mir lieb ist. Entweder glaubt der Hörer die Uebertreibungen oder er kennt die Thatsachen besser und legt dann auch den sonstigen Ausführungen des Redners weniger Werth bei, als sie verdienen. Mir selbst ging es fast so, als ich den Redner Schluß auf Schluß zu der Behauptung kommen hörte, die Annahme der Bundesverfassung im Jahre 1867 sei ein politischer Fehler gewesen. Ich glaube, Leute, welche diese Ansicht theilen, sind in Deutschland, selbst unter den engsten Parteigenossen des Herrn Richter, zur alleräußersten Seltenheit geworden. Ich achte und schätze die Gründe und Ueberzeugung derer, welche dieser Verfassung ihre Zustimmung verweigerten (Abg. Richter: Dieser!); ja es handelte sich bei der entscheidenden Abstimmung doch nur um die pure Annahme oder Ablehnung dieser Verfassung — aber wie man heute noch diesen Standpunkt vertreten kann, verstehe ich nicht. Der Reichskanzler hat einmal in einer Anwandlung gemüthlicher Laune gesagt, daß er damals nöthigenfalls noch viel mehr zugestanden hätte, aber ich glaube, daß Herr Richter mit Unrecht diese freimüthige Aeußerung als einen Wechsel betrachtet hat, der den Aussteller bindet. Ich für mein Theil bekenne heute offen, daß in die Bundesverfassung noch manches Andere hätte hineinkommen können, ehe ich sie abgelehnt hätte; so hoch stand mir die politische Einheit Deutschlands. Ich habe mich bemüht mit allen Kräften, sie in möglichst freisinniger Weise zu gestalten, aber als schließlich die Frage stand: entweder — oder? habe ich aus vollster Ueberzeugung zugestimmt. Eine ähnliche Situation war ja 1870 bei Berathung des baierischen Vertrags; aus denselben Gründen habe ich diesen Vertrag angenommen, obgleich ich mir sehr wohl bewußt war, daß der Eintritt Baierns in das Reich unsere innere Entwickelung vielfach hemmen würde. Ich fürchte, daß die Feinde des Herrn Richter seine gestrigen Worte so auslegen können, als ob er einen Standpunkt vertrete, bei dessen Innehaltung wir nie zu einem deutschen Reiche gekommen wären. (Unruhe links.)

Auch in einem zweiten Punkt scheint mir Herr Richter sehr übertrieben zu haben, nämlich als er uns die Finanzlage des Reichs als eine sehr düstere schilderte. Es giebt nur sehr wenige Staaten in Europa — England, Holland, Belgien und die Schweiz —, die wie wir in Metall zahlen können. Von einem Deficit zu sprechen und darüber zu klagen, daß nichts für productive Anlagen geschehe, kann man doch nur, wenn man einen sehr dichten und großen Zaun zwischen dem Reich und den Particularstaaten aufführt und nicht beachtet, wie die belebenden Säfte hinüber- und herüberfließen. Ich erinnere Herrn Richter nur an die vielen, productiven Anlagen in Preußen, an die Eisenbahnanleihe, an die versprochenen Canalbauten u. s. w. Auch der Satz scheint mir zu schroff, daß für Armee und Marine Alles, für die Civilverwaltung Nichts geschehe. Im Gegentheil für die Eisenbahnen im Elsaß, für die Telegraphenverwaltung u. a. m. sollen bedeutende Aufwendungen gemacht werden. Wenn Herr Richter sich dann dagegen ausgesprochen hat, daß für den Schutz des deutschen Handels nicht große Aufwendungen gemacht werden sollen auf Kosten des Steuersäckels der Bewohner des Binnenlandes, so giebt es keine verkehrtere volkswirthschaftliche Auffassung. Wenn hier in Berlin oder sonst im Inlande Stoffe producirt werden, die ihren hauptsächlichsten Absatzmarkt in Südamerika haben, so schützen dort stationirte Kriegsschiffe doch in erster Reihe binnenländische Interessen. Wir haben lange genug beklagen müssen, daß unser ausländischer Handel so wenig Schutz fand; wir wollen den jetzigen Zustand freudig acceptiren, wenngleich sich freilich unsere Flotte niemals zum Geldeintreiben für fantastische Finanzspeculationen machen darf. Dagegen stimme ich mit Herrn Richter darin überein, daß ich es als ein glückliches Ereigniß be-

grüße, wenn dieser Etat uns belehrt, daß unsere Geldmittel doch nicht unerschöpflich sind. Wir haben soviel mit Milliarden gerechnet, daß wir auf Millionen schon etwas geringschätzig herabblicken und Hunderttausende fast gar nicht beachteten.

Dieser Etat wird uns davon heilen. Ich bedauere mit Herrn Richter, daß uns keine Zusammenstellung der für das Militär geforderten Summen — die mir mit etwas sehr reicher Hand abgemessen zu sein scheinen — vorgelegt ist. Ich glaube, daß es der Militärverwaltung nur mehr Schwierigkeiten macht, wenn sie uns nicht mit ganz klaren und offenen Forderungen entgegentritt. Ich muß allerdings den Kriegsminister v. Kameke vor dem Vorwurfe schützen als ob die Regierungen um das Pauschquantum gebeten hätten; die Anregung ist aus der Mitte des Reichstages hervorgegangen; die Militärverwaltung hat sich erst ablehnend verhalten und dann später diese Concession gemacht. Der Anfang muß mit einer Berathung des wirklichen Militäretats gemacht werden, nicht aber mit einem Phantom, einer Leiche, einem Scheinetat, wie er sich nach den neuen Gesetzvorlagen ausnehmen würde. Der Abg. Richter sagt mit Recht, daß das Pauschquantum nicht mehr zu Recht besteht; ob wir aber bei der Lage unserer Geschäfte in eine gründliche Berathung des Militäretats eintreten können, erlaube ich mir zu bezweifeln. Es scheint mir, daß wir vor dem Anfang einer großen Reorganisation des Unteroffizierstandes und vor einer neuen, viel bedeutenderen Mehrforderung stehen. Mit den 1½ Sgr. täglicher Zulage werden wir den geänderten wirthschaftlichen Verhältnissen in keiner Weise Rechnung tragen. (Sehr wahr!)

Es scheint mir, als ob man den Unteroffizier überhaupt zu etwas Anderem machen will, zu dem, was sein Namen sagt, zu einem subalternen Offizier, nicht zu einem solchen, den man sich aus den Recruten aussuchen oder vielmehr geben lassen muß, denn es ist jetzt keine geringe Aufgabe, die nöthigen Unteroffiziere zu beschaffen. In ihrer Qualität hat dem Vernehmen nach ein merklicher Rückgang stattgefunden; ich höre zu meinem unangenehmen Erstaunen, daß die Fälle, daß Unteroffiziere nicht schreiben können (Unruhe), das heißt keinen ordentlichen Rapport aufzeichnen können, nicht vereinzelt sind. Ich fürchte, daß die Militärverwaltung bald mit einer neuen Mehrforderung hervortreten wird. Es ist also wichtig, daß wir bald Kenntniß von solchen Plänen erhalten. Für jetzt möchte ich Sie bitten, die Materien nicht auseinander zu reißen und nicht etwa den Militäretat an die Budget-Commission zu verweisen, das Unteroffiziergesetz aber im Plenum zu behandeln. Ich theile die trüben Anschauungen des Abg. Richter nicht, darin stimme ich mit ihm überein, daß wir mit den Ausgaben sorgfältig umgehen und die Periode der Geldfülle als abgeschlossen betrachten müssen. Der preußische Finanzminister hat 1867 auch geglaubt, daß Geld in Hülle und Fülle vorhanden sei. Wenige Jahre einer falsch geleiteten Finanzpolitik haben klar gemacht, daß auf diesem Wege nicht fortgefahren werden könne. Jetzt ist der Zustand analog, nur werden wir etwas früher gewarnt. Deshalb bitte ich Sie, den Militär- und Marine-Etat mit allen dahin gehenden Vorlagen mit größter Gewissenhaftigkeit zu berathen.

Fürst Bismarck: Ich will nur eine kurze persönliche Bemerkung antizipiren, weil ich fürchte, wenn ich sie in einem späteren Stadium thue, bei der jetzigen Lage Ihrer Geschäftsordnung wiederum Veranlassung zu geben, daß eine schon geschlossene Discussion wieder eröffnet werde. Der Vorredner hat eine gelegentlich von mir gethane Aeußerung in einer Weise citirt, aus der vielleicht geschlossen werden könnte, es sei mir die Bundesverfassung bei ihrer Gründung nicht weit genug nach der Richtung der heutigen Fortschrittspartei entwickelt. (Heiterkeit.) Ich möchte doch verhüten, daß diese Meinung sich festsetzt. Wenn ich eine ähnliche Aeußerung gethan habe, so kann sie im Privatgespräch ja leicht mißverstanden werden. Sie wird vermuthlich dahin gegangen sein, daß ich, um die Reichsverfassung überhaupt zu Stande zu bringen, der Autonomie der Einzelregierungen, wenn es absolut nothwendig gewesen wäre, noch größere Opfer gebracht haben würde, in der Hoffnung, daß die Verfassung, nachdem sie einmal zu Stande gebracht, sich im Sinne des Reiches weiter entwickeln werde. Aber auf eine Bereitwilligkeit meinerseits, dazu mitzuwirken, daß die Verfassung im Sinne der Fortschrittspartei weiter entwickelt würde, möchte ich allerdings bitten, keinen Wechsel zu ziehen. (Heiterkeit.)

Präsident Delbrück: Der Vorredner hat sich über die Stellung der Regierung zur Steuerreform, besonders zur Aufhebung der Salzsteuer geäußert Als ich am 1. Mai mich im Namen der verbündeten Regierungen darüber aussprach, habe ich keineswegs gesagt, die Regierungen seien entschlossen, die Salzsteuer aufzuheben. Die zugesagte Erwägung haben sie eintreten lassen und in Betreff des Ergebnisses ist bereits eine Mittheilung in den Händen des Präsidenten, die sich vermuthlich schon in Ihren Händen befinden würde, wenn nicht der Umfang der Anlagen den Druck verzögert hätte. Die verbündeten Regierungen hatten eine Commission eingesetzt, welche sich mit der Frage beschäftigen sollte, welche Steuern als Ersatz für die Salzsteuer eintreten sollten. Die Commission hat eine anderweite Besteuerung des Tabaks und gewisser Geschäfte durch Stempel vorgeschlagen, aber ohne den Beschlüssen des Bundesrathes zu präjudiciren Wenn die Speculation aus den Arbeiten dieser Commission weitergehende Consequenzen gezogen hat, so können die verbündeten Regierungen dafür nicht verantwortlich gemacht werden. (Sehr wahr! rechts.) Ueber die materielle Bedeutung dieser Vorschläge herrscht im Bundesrathe keine Einstimmigkeit! Einstimmigkeit war nur darüber vorhanden, daß man dies Project dem Reichstage jetzt nicht zur Genehmigung vorlegen solle, daß der bestehende Zustand einem neu zu schaffenden vorzuziehen sei. Ich will nur noch auf einen Vorwurf des Abg. Richter antworten. Als ich gestern die Vorlage eines Gesetzes über die Vertheilung unter den Staaten des norddeutschen Bundes ankündigte, habe ich darauf hingewiesen, daß hiermit sowohl eine Forderung für Kasernen, Magazin und Lazarethbauten, als auch für Retablissementsgelder verbunden sein.

Präsident Simson hat allerdings schon am 25. d. Mts. das erwähnte Schreiben erhalten; der Druck war jedoch des großen Umfanges wegen noch nicht möglich.

Bundesbevollmächtigter v. Kameke: Es ist den verbündeten Regierungen schwer geworden, neben dem Pauschquantum noch mit Forderungen für das Ordinarium an den Reichstag zu treten; allein es war festgesetzt, daß das Pauschquantum bis zum Herbst 1874 bestehen solle; dies gab Veranlassung, dieses Bedürfniß, welches der Regierung als ein dringendes erschien, nachträglich in einem neuen Gesetz Ihrer Prüfung vorzulegen. Die Regierung glaubt auf die Zustimmung des Hauses rechnen zu können, weil es sich um einen Umstand handelt, der für die innere Ordnung und Stabilität der Armee von sehr wesentlichem Einfluß ist. Wenn der Abg. Lasker meint, die Mittel seien zu gering, um den vorgesehenen Zweck zu erreichen, so kann er möglicherweise Recht haben. Sollte dies durch die Erfahrung bestätigt werden, so wird die Regierung die neuen Forderungen wahrscheinlich stellen. Wenn der Abg. Lasker meint, es trete in dem Gesetz ein neuer Organisationsplan zu Tage, man wolle die Unteroffiziere zu subalternen Offizieren machen, so ist dieser Unterschied nicht gering. Ich habe gestern gesagt, bei der Berathung des Militärorganisationsgesetzes würden diejenigen Zahlen gegeben werden, die von der Regierung verlangt würden. Der Abg. Lasker meint, der Etat müsse vorgelegt werden. Der Etat konnte nicht vorgelegt werden, weil es zu viel Arbeit gemacht haben würde. Ich bitte Sie, die Forderungen der Militärverwaltung möglichst gemeinschaftlich zu behandeln.

Bundesbevollmächtigter Graf Roon: Ich habe den Ausführungen meines Nachbars wenig hinzuzufügen. Ich fühle mich nur durch eine Aeußerung des Abg. Lasker veranlaßt, das Wort zu ergreifen, um etwas über den Stand der Unteroffiziere zu sagen. Ich thue es lediglich, weil ich annehme, daß in dieser Versammlung vielleicht noch einige Personen sein möchten, die gleich dem Abgeordneten Lasker in der Armee nicht gedient haben und deswegen über das eigentliche Verhältniß der Unteroffiziere zu den Soldaten nicht vollständig unterrichtet sind. (Heiterkeit.) Ich habe heute zufällig einen Brief bekommen, in welchem sich ein ehemaliger Unteroffizier beschwert, daß er, obgleich er in einer angesehenen Civilstellung stehend, mit genügender Achtung behandelt werde, weil er Unteroffizier gewesen sei. Ich wollte in Folge dessen Veranlassung nehmen, gelegentlich die Auffassung, welche in der Armee über den Unteroffizierstand herrscht, möglichst zu publiciren und bin dem Abg. Lasker dankbar, daß er mir so bald die Gelegenheit dazu dargeboten hat. Es hat in der alten Armee, der ich 52 Jahre angehöre, immer einige Unteroffiziere gegeben, die in dem Maße der Schrift nicht kundig waren, daß sie im Stande gewesen wären, einen fließenden Rapport zu schreiben, die man mit einiger Anstrengung wenigstens nur thun konnten. Das war vorzugsweise der Fall in den undeutschen Provinzen und Regimentern. Die Zahl der nicht schriftkundigen Unteroffiziere anzugeben, bin ich augenblicklich nicht im Stande, ich glaube aber, sie wird eine äußerst geringe sein. Die Regimenter haben ein lebhaftes Interesse daran, die Unteroffiziere auszubilden, sie zu erziehen. Keineswegs nimmt man, wie der Herr Lasker meint, diejenigen aus, die man zu Unteroffizieren machen will, sondern es geschieht dies nach reiflicher Erwägung, nach sachlicher Prüfung und längerer Vorbereitung aus den ältesten, qualificirtesten, ausgebildeten Soldaten.

Es existiren in allen Truppentheilen Regimentsschulen, deren Wesentlichen davon ausgehen, die Unteroffiziere abzurichten, nicht blos einen Rapport zu schreiben, sondern sie für eine künftige bürgerliche Stellung mit Kenntnissen auszurüsten, so daß manche junge Leute, die in die Armee ohne alle Kenntnisse getreten sind, späterhin befähigt waren, die höchsten Stellen der Subaltern-Carrière auszufüllen, dies Bestreben ist nicht blos aus humanistischen Rücksichten, sondern wie ich zugebe aus amtlichem Egoismus befördert worden. Ich hätte nicht nöthig, das zuzugestehen, aber die Wahrheit hat auch ihren Werth! (Heiterkeit.) Um der Armee Unteroffiziere zuzuführen, ist es nicht ausreichend, ihr Einkommen zu vermehren, sondern ebenso nothwendig ist, den Leuten, welche die besten Jahre ihrer Jugend zur Unterstützung der Offiziere, um die Armee zu erziehen und sie stets schlagfertig zu erhalten, verwendet haben, eine Zukunft für ihr Alter zu gewähren, und zwar eine solche, die ihnen gefällt. (Beifall.) Es ist auch schon für die Hebung des Unteroffizierstandes seit einer Reihe von Jahren in der Armee geschehen, was geschehen konnte, und ich kann nicht wahrnehmen, daß ein Rückgang eingetreten sei. Der Unteroffizierstand wird in unserer Armee hochgestellt und hochgeschätzt, wie er es verdient und es ist aus diesem Stande so viel Tüchtiges und Ehrenwerthes hervorgegangen, daß man nur mit höchster Anerkennung von demselben sprechen kann.

Wenn man weiß, wie viel Selbstaufopferung dazu gehört, beständig Instrument in einer andern Hand zu sein, wie viel Selbstentsagung, stets ein Vorbild und Muster zu sein, für so und so viel, dreißig und vierzig Augen die auf diesen Mustermann, der ausgewählt ist aus seinem Kreise, gerichtet sind, so kann man nicht umhin, mit der größten Anerkennung über diese Leute zu urtheilen. Und es ist mir eine wahre Satisfaction von dem Unteroffizier zu sprechen, als von einem überaus achtbaren Gliede der Armee und keineswegs als von einem Lastträger derselben, den man geringschätzend zur Seite schiebt, wenn man ihn nicht mehr braucht. Diese Absicht wird niemals in der Armee maßgebend sein und es wird daher auch nicht nothwendig sein, den Unteroffizier auf eine andere Stufe zu erheben, wie Herr Lasker meint. Damit würde nichts erzielt als die Nothwendigkeit, ein anderes Zwischenglied zu schaffen und daran denken wir nicht. Die Unteroffiziere sind aus der Mannschaft hervorgegangen, stehen ihr so nahe wie den Offizieren, und diese besondere organische Gliederung sichert den ferneren organischen, gesunden Zustand der Armee. (Bravo!)

Die allgemeine Discussion wird geschlossen und es fehlt nicht an persönlichen Bemerkungen, da namentlich die Abgg. Richter und Lasker unter einander und nach verschiedenen Seiten hin vielfach abzurechnen haben. Abg. Richter nimmt in Bezug auf Admiral Jachmann das Recht jedes Abgeordneten in Anspruch, einen hohen Verwaltungsbeamten, auch wenn er zufällig nicht anwesend ist, zu kritisiren, zumal in Gegenwart seines damaligen obersten Chefs, der, wenn er wollte, gestern sehr gut für ihn eintreten konnte. Abg. Lasker beruft sich bezüglich seiner Aeußerungen über die Unteroffiziere lediglich auf die Motive der Regierungsvorlage, in der er als einer von vielen im Hause, die nicht in der Armee gedient haben, Belehrung gesucht hat und hinter deren Schärfe er mit seiner Aeußerung zurückgeblieben ist.

Das Haus beschließt dem Antrage der Abgg. v. Benda und Lasker gemäß die auf Marine und Heer bezüglichen Theile des Etats nebst den Vorlagen betreffend die Gehälter der Unteroffiziere, die Wohnungszuschüsse und die Dienstgebäude an die Budgetcommission zu verweisen. Die zweite Berathung der übrigen Theile des Reichshaushaltes wird im Plenum stattfinden. Schluß 4 Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 12 Uhr. (Anträge betreffend das Reichseisenbahnamt, das Preßgesetz und die Verfassung der Einzelstaaten in zweiter Berathung

---

Berlin, 27. Mai. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat den Herzoglich Gothaischen Seminar-Director Kehr zu Gotha zum Königlich preußischen Seminar-Director ernannt; dem Conditor Bernard Maus zu Köln a. Rh. das Prädicat eines Königlichen Hoflieferanten verliehen und den zeitigen besoldeten Beigeordneten der Stadt Bromberg, Benno Geisenheimer, der von der Stadtverordneten-Versammlung zu Witten getroffenen Wahl gemäß, als Bürgermeister der Stadt Witten für die gesetzliche zwölfjährige Amtsdauer bestätigt.

Dem Seminar-Director Kehr ist die Direction des Seminars in Halberstadt übertragen worden. Der Gymnasial-Lehrer Dr. Künzer in Marienwerder ist als Oberlehrer an das Gymnasium zu Strasburg in Westpreußen berufen worden. Die Berufung des ordentlichen Lehrers Dr. Hachtmann vom Gymnasium in Detmold zum Oberlehrer am Gymnasium zu Seehausen in der Altmark ist genehmigt worden.

Berlin, 27. Mai. [Se. Majestät der Kaiser und König] empfingen heute früh den Ober-Hofmarschall Grafen Pückler, begaben Allerhöchstsich mit dem 10 Uhr-Zuge nach Potsdam und nahmen daselbst die vom General-Lieutenant von Pape commandirte Parade der dortigen Garnison ab. Nach der Rückkehr hierher hörten Se. Majestät den Vortrag des General-Major von Albedyll. (Reichsanz.)

[Militär-Wochenblatt.] Baumbach, Major und persönlicher Adjutant Sr. Hoheit des Herzogs von Sachsen-Altenburg, in Genehmigung seines Abschiedsgesuches, mit Pension zur Disposition gestellt. Zwirner, Hauptmann von der Inf. des Reserve-Landw.-Bats. Breslau Nr. 38, bisher Vorstand der Handwerksstätte des Schles. Feld-Art.-Regts. Nr. 6, Corps-Art., mit Pension und der Uniform des 2. Schles. Landw.-Regts. Nr. 11, der Abschied bewilligt. Guhrauer, Sec.-Lieut. a. D., zuletzt von der Res. des 1. Schles. Gren.-Regts. Nr. 10, die Erlaubniß zum Tragen der Uniform der Res.-Offiziere des Regts. ertheilt.

Kühne, Pr.-Lt. von der Inf. des 2. Bats. (Schweidnitz) 2. Schles. Landw.-Regt. Nr. 11, mit der Landw.-Unif., der Abschied bewilligt. Freymarck, Rittm. a. D., früher Esc.-Chef im 2. Schles. Hus.-Regt. Nr. 6, der Char. als Maj. verliehen. Moewes, Maj. a. D., zuletzt im Niederschles. Fuß-Art.-Regt. Nr. 5 und Art.-Offiz. vom Platz in Glogau, unter Verleihung des Charakters als Oberst-Lt., in die Kategorie der zur Disp. gestellten Offiziere versetzt. Brennecke, Sec-Lt. von der Res. des Schles. Pionnier-Bats. Nr. 6, mit Pens. und der Landw.-Unif. der Abschied bewilligt.

⊙ **Berlin**, 27. Mai. [Herr v. Keudell. — Der Reichstag. — Clericales.] Herr v. Keudell, der Vertreter Deutschlands am italienischen Hofe, ist gestern hier angekommen und von Sr. Majestät empfangen worden. Die Voraussetzung, daß er sich einige Zeit hier aufhalten würde, scheint indessen nicht in Erfüllung zu gehen, vielmehr wird derselbe sich bereits in einigen Tagen nach seinem Bestimmungsort begeben. — In Bezug auf die Reichstagssession ist es zwischen der Regierung und den Parteien noch zu keiner Verständigung gekommen; auch in den Fractionen selbst, von welchen die Einen eine Vertagung dringend wünschen, um in der Herbstsession mit mehr Ruhe, namentlich die Militärgesetze, berathen zu können, fängt doch an bereits das Bedenken laut zu werden, daß eine solche Herbstsession am Ende weder den persönlichen noch den sachlichen Interessen von Vortheil sein würde. Die Regierung geht von den schon früher auseinandergesetzten Bedenken gegen eine Herbst-Session nicht ab. — In Posen und Oberschlesien ist seit einiger Zeit gegen eine Reihe von ultramontanen Brandschriften, welche theilweise von den dortigen Geistlichen verbreitet werden, gerichtlich eingeschritten worden und haben die Gerichte auf Vernichtung und gegen die Verbreiter auf Geld- und Gefängnißstrafen erkannt. In den Schriften ist der Thatbestand der Majestätsbeleidigung und des Vergehens gegen die öffentliche Ordnung festgestellt worden. — Sehr eigenthümlich ist die Rücksichtslosigkeit, mit welcher der Fürstbischof von Breslau sofort gegen den Domherrn von Richthofen vorgegangen ist, indem er sofort, ohne die üblichen Vorstadien durchzumachen, die Excommunication über denselben verhängt hat. Vermuthlich ist er dabei von dem Gedanken geleitet worden, durch diese Schnelligkeit sich der Wirkung der neuen Gesetze zu entziehen, bevor diese in Kraft getreten sind. Jedenfalls erkennt man in diesem Vorgehen des sonst so milden Kirchenfürsten, wie straff die römische Disciplin ist, welcher die katholische Geistlichkeit unterworfen ist.

[Herr Lasker] ist von der Leipziger Universität zum Doctor juris honoris causa creirt worden.

Bremen, 26. Mai. [Herr Friedrich Hecker] ist, so schreibt die „Weser Ztg.", gestern morgen mit dem Dampfer „Berlin" von Baltimore hier eingetroffen. Von Verwandten und Bekannten in Empfang genommen, hat er den gestrigen Tag hier zugebracht und wird heute Nachmittag seine Reise über Hannover und Frankfurt a. M. nach Mannheim fortsetzen. Alle, welche das Glück hatten, mit ihm zusammen zu kommen, sind erfreut über das frische, markige Aussehen Hecker's und noch mehr erwärmt von dem innigen, lebendigen Interesse, das den lange Abwesenden für das alte Vaterland erfüllt. Er wird mehrere Monate in Deutschland zubringen und seine Reise über den Ocean gilt nicht nur dem Wiedersehen von Freunden und Verwandten, sondern auch dem Zwecke, sich durch eigene Anschauung mit dem Wandel der Dinge in Deutschland vertraut zu machen.

München, 24. Mai. [Kirchliches.] Die „Südd. Pr." meldet: „In Würzburg hat sich der katholische Reformverein mit der Bitte an den Magistrat gewendet, ihm die Kapelle des im städtischen Eigenthum stehenden „Bürgerspitals zum heiligen Geist" (eine Stiftung des 14. Jahrhunderts) zur Abhaltung altkatholischer Gottesdienste zu überlassen. Vom Magistrat wurde dieses Gesuch zurückgewiesen, „weil dessen Gewährung mit einer Schädigung der Interessen der Stiftung und seiner Pfründner und einer Verletzung des Stiftungs-Eigenthums unabweisbar verbunden wäre." Bei der Abstimmung waren 8 Räthe für und 8 gegen das Gesuch, worauf Bürgermeister Dr. Zürn mit seiner Stimme die Entscheidung zu Ungunsten der Altkatholiken herbeiführte."

Schweiz.

Genf, 22. Mai. [Verhaftung. — Zur Flüchtlingsangelegenheit.] Die Polizei hat einen gewissen Chaussivert, welcher sich für einen Flüchtling und ehemaligen Polizeicommissar der Pariser Commune ausgab, verhaftet und nach Frankreich ausgeliefert. Derselbe hat sich mehrerer gemeiner Verbrechen schuldig gemacht und war aus dem Centralhause zu Pierrevaux entflohen. — Der große Rath von Genf verhandelte, wie bereits gemeldet, diese Angelegenheit betreffs Ausweisung der französischen Flüchtlinge. Einer der Communards, Victor Cyrill, hatte bei der Behörde Protest gegen seine Ausweisung eingelegt. Großrath Grosselin kündigte eine Interpellation über die Ausweisungen an, da eine zahlreiche Versammlung von Bürgern sich für das Genfer Asylrecht ausgesprochen habe. Polizeidirector Girod antwortete hierauf: Es sei schon die einfache Thatsache der Interpellation eine Injurie gegenüber dem Staatsrathe, der das Asylrecht eben so hoch halte, als irgend Jemand. „Der Staatsrath hat keinen Flüchtling ausgewiesen, aber die Eigenschaft eines Flüchtlings oder das Vorgeben, ein solcher zu sein, giebt noch lange keine Recht, sich in unserem Lande Alles erlauben zu dürfen. (Lebhafte Zustimmung.) Und da wir gegenwärtig eine Commission für Umarbeitung des Strafgesetzbuches haben, so sollte derselben wohl empfohlen werden, einen Artikel an die Spitze des Entwurfs zu setzen, nach welchem die politischen Flüchtlinge, die sich in unserem Lande befinden, sowohl von der Anwendung aller Strafgesetzbestimmungen, als auch von denjenigen der Polizeiverordnung einfach ausgenommen würden. Ja, der Staatsrath hat Ausweisungen beschlossen, und weitere dürften folgen, aber nicht wegen der Flüchtlingseigenschaft der Betroffenen, sondern ungeachtet dieser Eigenschaft, welche ihnen wohl keineswegs das Recht giebt, sich über unsere Gesetze zu stellen."

[Päpstliches Schreiben.] Das ultramontane Blatt „Genfer Correspondent" bringt den Wortlaut eines Schreibens, welches der Papst an französische Clerikale gerichtet hatte, die den Gedanken angeregt: Frankreich, um es im Innern und nach außen hin wieder zu voller Macht und zu dem alten Ansehen zu erheben, dem besonderen Schutze „des heiligen Herzens Jesu" zu weihen, und in Paris durch eine allgemeine Subscription eine dem Sacré Coeur gewidmete Capelle zur Sühnung früherer Verirrungen zu errichten. Besagtes Schreiben lautet:

„Geliebte Söhne! Gruß und apostolischen Segen! Es ist gewiß nicht möglich, geliebte Söhne, daß nicht alle frommen und wahren Katholiken wünschen sollten, Frankreich möge endlich, befreit von der Verwirrung gefährlicher Lehren und der langen Reihe von Erschütterungen und Unglücksfällen, welche deren Folgen sind und das Land während dieses Jahrhunderts unablässig beunruhigen, wiederum seinen alten Ehrenposten, als Vertheidiger der katholischen Religion und dieses heiligen Stuhles, einnehmen, jenen Ehrenposten auf welchen es in seiner Eigenschaft als älteste Tochter der Kirche von der Vorsehung erhoben war. So wie im vorigen Jahrhundert, hat sich deshalb dieses selbe Frankreich, indem es zum Aergerniß und Verderben anderer Nationen die Wünsche und Complotte des Unglaubens begünstigte und öffentlich billigte, von der Quelle des lebendigen Wassers entfernt, und sich statt dessen halb geöffnete Cisternen gegraben, aus denen es nur verfaultes, vergiftetes Wasser geschöpft hat. Wir wünschen sehnlichst daß es, ebenso öffentlich und zum Beispiele für alle Nationen, die Bahn der Irrthümer verlasse, zu Gott zurückkehre, das Reich Christi wiederherstelle und jene Beständigkeit und Größe verdiene die dem Volke verheißen ist welches Gott als seinen Herrn anerkennt. Dies würde man auf die edelste Weise thun, wenn, wie ihr es wünschet, euer Vaterland sich feierlich dem hl. Herzen Jesu, zu Ehren dessen man in Paris durch allgemeine Beiträge eine Sühncapelle bauen will, weihen würde; eure Absicht dahin zu wirken, daß die Nationalversammlung durch die Wünsche des Volkes gedrängt werde im Namen ganz Frankreichs diese Weihe zu verlangen und zu veranlassen, muß daher als höchst lobenswerth angesehen werden. Wir aber bitten Gott: er wolle alle Herzen lenken und alles was zur Ehre seines Namens, zur Schönheit und zum Wachsthum unserer heiligen Religion, sowie zu dem wahren Interesse eures Vaterlandes beitragen kann, durchführen und vollenden; möge er deshalb euren Gedanken begünstigen, wenn er dieses Mittel für geeignet gehalten hat all' das zu erreichen. Unterdessen, als Bürgschaft seines Schutzes und als Beweis Unseres väterlichen Wohlwollens, ertheilen Wir euch, geliebte Söhne, mit Liebe Unsern apostolischen Segen. Gegeben zu Rom, bei St. Peter, am 14. April des Jahres 1873, Unseres Pontificats dem 27. Pius P. P. IX.

Bern, 23. Mai. [Zur Bundesrevision]. Das Erste, was über die seit einigen Tagen vom Bundesrathe wieder aufgenommene Berathung der Revision der Bundesverfassung in die Oeffentlichkeit gelangt, ist sein heutiger Beschluß, das Departement des Innern mit der gründlichen Prüfung der Frage der vollständigen Ausführung des Artikels 22 derselben zu beauftragen, welcher den Band befugt erklärt, eine Universität und eine polytechnische Schule zu errichten. Der letztere Theil dieser Ermächtigung ist in Zürich, wie bekannt, bereits zur Ausführung gelangt; mit der Ausführung des ersten Theils, der Errichtung einer „Eidgenössischen Universität", scheint es jetzt nun auch Ernst werden zu wollen. Immerhin wird die Frage, wo dieselbe errichtet werden soll, ob in der deutschen, ob in der französischen Schweiz, Anlaß zu noch manchem Conflicte geben. — Dem Bundesrathe lagen in seiner heutigen Sitzung nicht weniger als fünf Pläne für Touristenbahnen im Berner Oberlande vor, welche die schweizerische Jurabahn-Gesellschaft zur Unterstützung ihrer bezüglichen Concessionsgesuche eingereicht hat, nämlich für eine Bahn Interlaken-Zweilutschinen-Lauterbrunnen-Mürren, für eine Bahn Zweilutschinen-Grindelwald, für eine Bahn Lauterbrunnen-Wengernalp-Grindelwald, für eine Bahn Scheinige-Platte-Faulhorn-Scheidegg-Rosenlaui-Meiningen und für eine Bahn Grindelwald-Scheidegg und Grindelwald-Männlichen. Dieselben werden der Berner Regierung mit dem Ersuchen zur Kenntniß gebracht, ihre bezüglichen Bemerkungen und Wünsche dem Bundesrathe schleunigst mitzutheilen und ihre Vertretung für die Concessions-Verhandlungen zu bezeichnen. Eine gleiche Mittheilung ergeht an die Regierung von St. Gallen betreffend das zur linksufrigen Zürichsee-Bahn gehörige Bahnstück Linthen-Canal-Ziegelbrücke.

[In der gestrigen Versammlung der schweizerischen Volksvereine zu Olten,] über deren Haupt-Resultat der Telegraph Ihnen schon berichtet haben wird, waren im Ganzen 17 Cantone vertreten: Zürich, Bern, Luzern, Unterwalden, Solothurn, Freiburg, Ba-

selstadt, Baselland, Schaffhausen, St. Gallen, Graubünden, Aargau, Thurgau, Waadt, Neuenburg, Glarus und Appenzell. (?. Z.)

Zürich, 23. Mai. [Im Canton Zürich] fand am vorigen Sonntage Volksabstimmung über vier Gesetzentwürfe statt. Wie in Solothurn, Bern und Baselland, so verwarf das Volk auch hier ein Gesetz über Aufbesserung mancher Beamtengehälter. Zu den angenommenen Gesetzen gehört eines, welches die Ueberfluthung der Hochschule durch studirende Frauen verhindern soll. Es soll in Zukunft von allen Studenten ein Nachweis von wissenschaftlichen Kenntnissen verlangt werden, während bisher für Nichtcantonsbürger ein polizeiliches Sittenattest genügte.

Frankreich.

* **Paris**, 25. Mai. [Das neue Ministerium. — Mac Mahon und Thiers. — Stimmen der Presse.] Das neue Ministerium, schreibt man der „K. Z.“, ist noch nicht gebildet, denn unter den Hauptleitern der verschiedenen monarchischen Fractionen sind bereits Streitigkeiten wegen der Vertheilung der Beute entstanden. Daß Marschall Mac Mahon, an den die Coalition zuerst nicht gedacht hatte, schließlich zum Präsidenten der Republik ernannt wurde, kommt daher, daß unter den Verbündeten die Meinung die Oberhand gewann, man müsse der öffentlichen Meinung mit einem Namen von Klang entgegentreten. Der Marschall war nicht in die Verschwörung verwickelt, aber man wußte, daß, wenn Thiers in regelmäßiger Weise seine Stelle verlieren werde, der Marschall einen Aufruf der National-Versammlung an ihn nicht ausschlagen werde. Mac Mahons Erklärung, daß man nicht Hand anlegen dürfe an die bestehenden Gesetze und Institutionen, deutet an, daß er im Dienste keiner Partei zu stehen sich das Ansehen giebt. Daß, wie Einige versichern, der Marschall auf den Rath von Thiers die Präsidentschaft angenommen, klingt indeß nicht sehr wahrscheinlich. Heute Morgen wollte die neue Präsidentin, Marschallin Mac Mahon, der Expräsidentin, Frau Thiers, einen Besuch abstatten. Dieselbe war aber nicht sichtbar, und die Marschallin konnte nur Herrn Thiers sprechen. Was dessen zukünftige politische Haltung anbelangt, so giebt das „Bien Public“ folgenden Aufschluß: „Die gestern improvisirte Regierung gehört nicht zu unseren Freunden. Wir beklagen ihren Ursprung: sie besteht aus Leichtsinn und Undankbarkeit; wir zittern für ihre Zukunft, denn sie trägt in sich den Keim der Auflösung. Ein gespaltenes Haus kann nicht lange dauern. Wir werden keine unloyalen und systematischen Gegner sein; wir werden Rathschläge ertheilen, wir werden urtheilen, aber nicht demoliren. Wir haben zum letzteren kein Talent. Wir prüfen uns nicht, wie Andere, in dem Aufstellen von Fallen, im Graben von unterirdischen Laufgräben, in der Einstellung der Absichten, in dem Verbreiten von Treulosigkeit; wir haben also kein Verdienst, wenn wir in der entschlossenen und ehrlichen Opposition, die wir der Regierung vom 24. Mai machen werden, nicht das famose, letzthin gegebene Beispiel nachahmen.“ Das „Bien Public“ bringt ferner einen Artikel, den ich mittheile, weil er viel Aufsehen macht und die Entrüstung noch vermehrt, von der alle diejenigen erfüllt sind, die nicht von den clerical-royalistisch-imperialistischen Leidenschaften beherrscht werden. Dieser Artikel lautet: „Unsere Kinder werden in der Geschichte lesen: Herr Thiers wurde am 17. Februar 1871 zum Präsidenten der Republik gewählt. Nachdem er Frankreich vor der Monarchie gerettet, Frankreich vom Auslande befreit, fünf Milliarden bezahlt, die Finanzen erhoben und seinem Lande die Achtung der Mächte wieder verschafft hatte, wurde er am 24. Mai 1873 gestürzt, weil er den vom Lande frei ausgedrückten Wünschen gemäß behauptet hatte, daß die Republik eine gesetzliche Organisation erhalten müsse, und weil er bewiesen, daß die Unsicherheit seiner Regierung die einzigen Ursachen der Leiden der Industrie und des Handels seien. Er wurde unter dem Beifall der Feinde der Republik von einer Coalition orleanistischer, legitimistischer und bonapartistischer Deputirten gestürzt. Unsere Kinder werden dieses lesen und sagen: Armes Frankreich! Arme Franzosen von 1873! Sie hatten den beklagenswerthesten Krieg, die schmerzlichste der Insurrectionen gesehen; es war ihnen vorbehalten, die grausamste und bedauernswertheste Undankbarkeit zu sehen.“ — Die Haltung des größten Theils der übrigen Blätter ist zurückhaltender. Auch die orleanistischen Blätter sagen wenig. „Soleil“ meint, es habe sich in der Regierungsform nichts geändert; es gebe nur einen neuen Präsidenten, ein neues Ministerium und deshalb eine neue Politik. Höchst gemein ist die Sprache der ultramontanen, der clericalen und der imperialistischen Presse. „Patrie“ fabelt: „Seit zwei Jahren wird das Land, durch die Intriguen eines unheilvollen Greises betrübt, Frankreich aufathmen. Die Lage läßt sich in zwei Worten zusammenfassen: Ordnung! Vertrauen!“ „Ordre“ fordert bereits, daß man alle Beamten, die der 4. September beseitigt, wieder einsetze. „Pays“ insultirt Thiers aufs Schnödeste und erklärt, daß der 24. Mai lange als ein gesegneter Tag gepriesen sein werde. Die legitimistische „Union“ und das ultramontane „Univers“ behandeln Thiers aufs Schändlichste. Natürlich sieht die erstere in dem gestrigen Sieg den ersten Schritt zur Monarchie, und das „Univers“ ist erfreut, weil es nun bald möglich sein werde, ganz Frankreich unter den Syllabus zu bringen. Die radikalen Blätter zeigen sich dagegen sehr gefaßt.

[Bonapartistisches.] Wer am meisten, schreibt man der „K. Z.“, mit dem Ergebnisse der Abstimmung vom 24. Mai zufrieden ist, das sind die Bonapartisten. Gestern Abend schon ließen Offiziere in Civil, mit anderen Bonapartisten im Café Hills versammelt und halb betrunken, den Kaiser hoch leben. Die Rufe tönten durch die halbgeöffneten Fenster über den Boulevard, doch gab es keinen Auflauf. Die einsichtigen Legitimisten fangen an, einige Unruhe zu empfinden. Sie begreifen, daß die Orleanisten des rechten Centrums, in der Absicht, einige Minister-Portefeuilles zu erhaschen, sie verleitet haben, den Bonapartisten in die Hände zu arbeiten. Die Offiziere, welche dieser letzteren Richtung angehören, sind außer sich vor Freude über die Ernennung des Marschalls Mac Mahon. „Mag derselbe immerhin versichern, keiner Partei anzugehören, so ist er im Grunde seines Herzens Bonapartist. Er steht mit der Kaiserin in gutem Einvernehmen. Eine einfache Thatsache, gestern noch von gar keiner Bedeutung, ist heute sehr wichtig geworden. Als die Prachtwagen des kaiserlichen Hofes verkauft wurden, gab die Exkaiserin Jemandem in Paris den Auftrag, vier derselben unter einem angenommenen Namen anzusteigern. Und dieser Jemand war eben Marschall Mac Mahon. Derselbe trug einem seiner alten Adjutanten auf, das Geschäft auszuführen. Die Wagen stehen noch in Paris, und der angedeutete Adjutant äußerte gestern in einer bonapartistischen Gesellschaft: „Mit diesem Wagen wird die Kaiserin Eugenie mit dem kaiserlichen Prinzen ihren triumphirenden Einzug in Paris halten“. So groß ist die Siegeszuversicht schon in diesen Kreisen. Einige Royalisten die weniger verblendet sind als die meisten ihrer Parteigenossen, werden schon bedenklich über die Worte, die Casimir Perier gestern nach seinem Sturze aussprach. Er sagte nämlich mit Bezug auf die Gruppen der bonapartistischen Deputirten: „Wer hätte gedacht, daß eines Tages diese vierzig Stimmen in Wirklichkeit die Kammer darstellen würden. Wenn wir das gewußt hätten!“ Aber es ist zu spät, und die Beamten des zweiten Kaiserreiches, die durch Picard, Perier und Victor Lefranc in ihren Stellen erhalten worden sind, werden bald dieselbe Siegesgewißheit zeigen, wie heute schon die bonapartistischen Officiere zu Paris. Der stille Wunsch der Gegner der Republik wäre eine sofortige Vertagung der Kammer. Man fürchtet eine starke republicanische Opposition im Schooße der Versammlung unter der Führung von Männern, wie Thiers, Grévy und Casimir Perier. Man möchte in aller Stille das Land bearbeiten, ohne die Kritik der parlamentarischen Opposition, welche den republicanischen Gedanken im Lande wach halten würde. Einstweilen haben die Verhaftungen bereits begonnen. Gestern Abend haben die Stadtsergeanten, meist alte Bonapartisten, noch ohne höheren Auftrag gehandelt. Sie glaubten aber bereits ihren Eifer zeigen zu müssen, indem sie die Arbeiter verhafteten, welche sich auf der Straße etwas zu lebhaft unterhielten. Die republicanischen Comites zu Paris haben ihre Sitzungen in Permanenz erklärt und empfehlen allen ihren Zweigvereinen unbedingte Ruhe.

Belgien.

Brüssel, 21. Mai. [Die Deputirtenkammer] erledigte heute das Budget des Auswärtigen, indem dieselbe den bezüglichen Gesetzentwurf mit 71 gegen 2 Stimmen genehmigte. Zur Erörterung eines Punktes von irgend welcher Bedeutung ist es nicht gekommen, nur, daß der Finanzminister Malou auf die diesbezüglichen Fragen eines Mitgliedes erklärte: die Regierung betrachte die Aufhebung der Handelskammer wünschenswerth, und beabsichtige ferner die Protokolle der Berathungen der sogenannten internationalen Zuckerconferenz auf den Tisch des Hauses niederzulegen. Dagegen bildeten die von dem Kriegsminister gemachten Vorlagen weit mehr, als die Berathungen über das Budget, das Interesse der heutigen Sitzung. Der Kriegsminister reichte nämlich endlich die von demselben bei seinem Auftreten in Aussicht gestellten Gesetzesvorlagen ein. Dieselben bestehen in einer Novelle zum Milizgesetz und einem nach den Bestimmungen desselben entworfenen Militärbudget für das nächste Jahr. General Thiébauld erklärte bekanntlich früher, er beabsichtige nur das Stellvertretungssystem zu verbessern, die Principien des bisherigen Rekrutirungsmodus dagegen unverändert aufrecht zu erhalten. Die neue Vorlage hat denn auch eigentlich nur zum Zweck, die Dienstzeit während des Friedens von 26 auf 30 Monate zu erhöhen. Der Staat wird auch künftig, wie bisher, Stellvertreter liefern, wenigstens in soweit es dem Militärdepartement möglich sein wird, dieselben herbeizuschaffen. Im entgegengesetzten Falle hat der Milizmann einen Stellvertreter zu bezeichnen. Eine königliche Verordnung bestimmt jährlich die Summe, für welche das Militärdepartement die Stellvertretung übernimmt. Die durch das Kriegsdepartement remplacirten Militärpflichtigen sind unmittelbar nach der Zulassung ihres Stellvertreters aller weiteren Verpflichtungen der Armee gegenüber enthoben. Diejenigen aber, welche ohne Vermittelung desselben einen Stellvertreter bezeichnen, bleiben für denselben verantwortlich. Jeder Stellvertreter der letzteren Kategorie muß bei seiner Einreihung eine Caution von 250 Frcs. bei der Regimentskasse hinterlegen. Vorderhand und bis nach der Veröffentlichung der dem Gesetzentwurf beigegebenen Motive wäre eine Beurtheilung desselben nicht angebracht, doch stellt es sich schon jetzt heraus, daß die beantragten Abänderungen der bisherigen Gesetzgebung keine wesentliche Verbesserung der jetzigen Mißverhältnisse zur Folge haben können.

Auf Antrag des Herrn Frère-Orban wurden die Berathungen über den den mit Holland abgeschlossenen dreifachen Staats-Vertrag auf nächsten Dinstag anberaumt. Die Opposition beabsichtigt nämlich, anläßlich dieses Gegenstandes wieder eine Schlacht zu liefern. Der Vertrag umfaßt nachstehende Punkte: 1) Art. 63 des am 5. November 1842 mit Holland abgeschlossenen Vertrages stellt im Princip die Richtung einer von Niederland nach Belgien gehenden Eisenbahn fest. Der jetzt der Kammer vorliegende Vertrag regelt nun die Richtung der Bahnlinie endgültig. Dieselbe wird über Gheel, Mol und Hautmont (Belgien) nach Weert und Körmond (Holland) gehen und eine Theilstrecke der von Antwerpen nach Gladbach zu bauenden Bahn bilden. Während nun die Bevölkerung der Kempen (belgisch Limburg) bis jetzt hoffte, durch die betreffende Linie endlich eine Verbindung mit dem europäischen Bahnnetze zu erhalten, sieht dieselbe sich jetzt in ihrer Erwartung vollständig getäuscht, indem die Linie etwa 15—20 Kilometer weiter nördlich angelegt werden soll. Die Opposition wird nun die Sache der Kempen in die Hand nehmen und nicht ganz ohne Aussicht auf Erfolg, da die Volksvertreter der betreffenden Gegend, welche sämmtlich zur parlamentarischen Rechten gehören, natürlicherweise ebenfalls zur Bekämpfung der im Vortrage festgestellten Richtung der Bahn aufzutreten genöthigt sein werden. Die Regierung scheint indessen eine Reserve in Bereitschaft zu halten, indem sie nöthigenfalls die Anlage einer directen von Mecheln nach Maeseyck gehenden und somit die Kempen in ihrer ganzen Breite durchschneidenden Bahn in Aussicht stellen wird. 2) Ferner soll die Bestimmung des holländisch-belgischen Vertrages vom 5. November aufgehoben werden, nach welcher von der damaligen Kriegsschuld eine Summe von 8,900,000 nicht ausgezahlt, sondern im Besitze Belgiens, und zwar als Bürge für die loyale Ausführung des Friedensvertrages seitens Hollands, bleiben, dagegen letztere Macht nur die Zinsen dieser Summe (400,000 Franken) erhalten sollte. Der Vertrag bezweckt nun, der niederländischen Regierung das betreffende Kapital zurückzuerstatten. Auch diese Vereinbarung soll seitens der Opposition bekämpft werden. Doch wird dieselbe ihre Spitze besonders dem dritten Gegenstand des Vertrages zuwenden: 3) Der belgisch-niederländische Handelsvertrag vom 12. Mai 1863 verordnet nämlich daß von sämmtlichen in Holland erzeugten Spirituosen ein außerordentlicher Einfuhrzoll (5 Frcs. pro Hectoliter) erhoben werden soll und zwar aus dem ausschließlichen Grunde weil das belgische Product sonst dem vorzüglichen niederländischen Erzeugnisse unmöglich die Spitze bieten könne. Und wie wenig diese Bestimmung auch den Principien der Jetztzeit entspricht, ist es leider nicht zu läugnen, daß die Aufhebung dieses Einfuhrzolles selbst außerhalb der betheiligten Kreise zahlreiche Gegner hat.

Provinzial-Zeitung.

*** **Breslau**, 28. Mai. [Berufung.] Wie die „Schles. Ztg.“ meldet, ist der Director der Realschule, Herr Dr. Höpfner als Schulrath nach Coblenz berufen worden; er soll diesem Rufe schon am 1. Juli folgen. So kurze Zeit Herr Director Höpfner hier erst fungirt, hat er sich dennoch bereits so mannigfache Verdienste erworben, daß unser städtisches Schulwesen den Verlust schmerzlich empfindet.

Angekommen: Se. Durchlaucht Georg Prinz v. Schönaich-Carolath, aus Schloß Mellendorf. Graf Bolko v. Hochberg-Fürstenstein, Majoratsherr und Rittergutsbesitzer, aus Rohnstock. Se. Durchl. Ferd. Fürst Radziwill, aus Schloß Antonin. (Fremdenbl.)

* [Die Affaire Graf Stolberg und Graf Frankenberg.] Der im Wahlkreise Neustadt O.-S. für den Reichstag gewählte Graf Friedrich zu Stolberg-Stolberg veröffentlichte in der „Schles. Volksztg.“ folgende Erklärung:

„Nach der von mir am 14. d. Mts. in dieser Zeitung abgegebenen Erklärung halte ich eine weitere Auseinandersetzung mit Graf Fred Frankenberg-Tillowitz für überflüssig. Brustawe, am 24. Mai 1873. Friedr. Graf zu Stolberg-Stolberg.“

Zur Erklärung des Vorstehenden diene das Folgende: Der Realschuldirector v. Raczek in Neustadt O.-S. hatte nämlich behauptet, Graf Stolberg habe sich einstmals dahin geäußert, daß, „wenn Bismarck gehängt wird, er am Stricke ziehen“ helfe. Graf Stolberg erklärte dies einfach in der „Schles. Volksztg.“ für unwahr.

In Folge dessen telegraphirte der Reichstagsabgeordnete Fred Graf Frankenberg seinem Freunde v. Raczek, daß Graf Stolberg jene Aeußerung in seiner Gegenwart im Schlosse zu Falkenberg (also beim Grafen Praschma — zu einer Zeit, wo alle drei Grafen noch gute Freunde waren) gethan habe, und Herr v. Raczek ließ diese telegraphische Meldung am Tage der Wahl an den Straßenecken zu Neustadt in großen Placaten affichiren. Wie eingangs gemeldet, bleibt nun Graf Stolberg bei seiner Erklärung, daß an der mehrerwähnten Mittheilung „kein wahres Wort“ ist.

Hierauf erhält nun die „Spenersche Ztg.“ von dem Reichstagsabgeordneten Herrn Grafen Frankenberg folgende Zuschrift:

Erklärung.

„Als früherer Vertreter des Kreises Neustadt hielt ich mich für berechtigt, meinen einstigen Wählern die Möglichkeit der Beurtheilung zu geben, ob Graf Stolberg das Recht habe, seinen politischen Gegnern „Lüge und Verleumdung“ vorzuwerfen — oder nicht. — Durch das Vertrauen der Neustädter geehrt, hielt ich mich — den gegenwärtigen Wahlkämpfen fern stehend — für verpflichtet, den Wählern Aufklärung in einem Streitpunkte zu geben, welchen zu entscheiden ich allein im Stande war.

„Daß ich Rücksichten hierbei verletzen mußte, welche ich hochachte, und mich den gehässigsten Deutungen aussetzte, konnte mich bei dieser meiner Auffassung nicht schrecken. Den Herrn Grafen Stolberg — als Entgegnung auf seine Erklärung vom 24. Mai — noch öffentlich zu überzeugen, daß sein Gedächtniß ihn in bedauerlicher Weise im Stiche läßt halte ich für überflüssig. — Die geehrten Blätter welche Notiz von dem Neustädter Wahlkampfe nahmen, ersuche ich dieser Erklärung Raum zu geben. — Berlin, den 27. Mai.

Fred Graf Frankenberg.“

s. **Waldenburg**, 27. Mai. [Schlesische Schulzeitung. — Geschenk für einen Jubilar.] Der hiesige Zweigverein des Provinzial-Lehrervereins erklärte sich in seiner gestrigen Sitzung gegen die Gründung einer „Neuen Schlesischen Schulzeitung“, vielmehr für Fortbestehen der gegenwärtigen „Schlesischen Schulzeitung“ als Organ für die Vereinsangelegenheiten. — Der ärztlich-naturwissenschaftliche Verein für Waldenburg und Umgegend hielt am 21. d. M. in Charlottenbrunn eine Versammlung ab, bei welcher dem Knappschaftsarzt Langer, über dessen sechszigjähriges Dienstjubiläum diese Zeitung in Nr. 206 einen Bericht gebracht, eine ehrende Aufmerksamkeit erwiesen wurde. Der Verein überreichte dem Jubilar unter einer seitens des Vorsitzenden, des Oberstabsarztes Dr. Anton in Wüstewaltersdorf, gehaltenen Ansprache ein in dem Leisner'schen Atelier kunstvoll gefertigtes großes Bild mit der Photographie des Jubilars und mehreren auf das bewegte Leben des Letzteren bezüglichen Zeichnungen. Nach abgehaltener Versammlung fand zu Ehren des Jubilars im Kursaale ein Diner statt.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

Mai 27. 28.	Nachm. 2 U.	Abds. 10 U.	Morg. 6 U.
Luftdruck bei 0°	330''',57	330''',01	329''',73
Luftwärme	+ 15°,3	+ 10°,0	+ 8°,2
Dunstdruck	3''',06	4''',75	4''',10
Dunstsättigung	42 pCt.	100 pCt.	100 pCt.
Wind	SO. 1	W. 1	W. 1
Wetter	bezogen.	bedeckt, Regen.	bedeckt, Regen.
Wärme der Oder		7 Uhr Morgens	+ 10°,3.

Breslau, 28. Mai. [Wasserstand.] O.-P. 16 F. 9 Z. U.-P. 2 F. 11 Z.

X. **Breslau**, 28. Mai. [Schifffahrtsnachrichten.] Das Wasser der Oder ist im weiteren Fallen, inzwischen haben wir seit gestern Abend anhaltenden Regen. Im Unterwasser angekommen sind: Mosch mit Gütern von Stettin und Scheu mit Dachpappe von Berlin. — Abgeschwommen sind: zwei Kähne mit Zink nach Hamburg; ein Kahn mit Geschützen nach Spandau; ein Kahn mit Gütern nach Berlin; vier Kähne mit Kohlen und ein Kahn mit Gütern nach Stettin.

Berlin, 27. Mai. Die Börse trug heute eine gegen ihre gestrige Haltung sehr herabgestimmte Physiognomie. Einestheils will man den Pariser Ereignissen Zeit lassen, sich zu entwickeln und hütet sich consequent ein etwa voreiliges Urtheil über die neue Gestaltung der Dinge in Frankreich zu fällen, anderntheils ist zu einem animirteren Geschäft aber ein wesentlicher Hinderungsgrund der Börse gegeben. Wie wir schon des Oeftern constatiren mußten, sieht man doch mit großer Spannung auf die Regulirung und wenn auch die allgemeine Ansicht dahin geht, die Liquidation werde ohne besonders störende Zwischenfälle verlaufen, so dürfte doch diese Anschauung mehr von dem lebhaft gehegten Wunsche, daß es so sein möge, dictirt sein, als in der gründlichen und kritischen Erwägung der bestehenden Verhältnisse wurzeln. Zur Zeit fehlen noch meist die Anhaltepunkte zur Schätzung des etwaigen Liquidationsverlaufs, es zeigt sich weder Bestürzung noch größere Erregtheit und nur das Mißtrauen der Reporteure läßt gegenwärtig die Prolongation schwieriger erscheinen. Die Reportsätze sind sehr hoch, doch wird überhaupt nur äußerst wenig reportirt. Bei vorzüglicher Aufgabe und großer Einlage berechnet sich der Report als billigster Satz auf 8%; meist wird dieses Minimum sehr beträchtlich überschritten und recht häufig vollziehen sich in Anbetracht der Zurückhaltung der Reporteure, Verkäufe zu gedrückten Coursen, während ein Einfluß des Decouverts bis jetzt wenigstens gar nicht bemerkbar hervortritt. Die Speculationswerthe eröffneten mit niedrigeren Coursen, die auch im weiteren Verlaufe des Geschäftes ihren Rückgang fortsetzten; der Verkehr war äußerst gering, auch erwies sich eine Besserung der Tendenz, die auf eine spätere Depesche aus Wien mit steigenden Coursen eintrat, als schnell vorübergehend. Oesterreichische Nebenbahnen blieben sehr still und bewegten sich die Course meist in weichender Richtung. Oesterreichische Renten gingen anfänglich ebenfalls im Course zurück, schlossen jedoch ziemlich fest; von anderen auswärtigen Fonds war französische Rente sehr fest in recht bedeutendem Verkehr. Auch Türken, wiewohl niedriger, gingen recht lebhaft um, Italiener schwächer, Amerik. jedoch fest und belebt. Russ. Staatseffecten in guter Festigkeit, Anleihe von 1872, Bahnen und Prämienanleihe begehrt. Von Preuß. Fonds waren nur Anleihen fest, Pfand- und Rentenbriefe aber matter. In sämmtlichen Prioritäten sehr gedrückte Haltung bei geringem Verkehr. Im Ganzen war auch auf dem Eisenbahn-Actienmarkte die Tendenz nur sehr matt, von schweren Bahnen waren die Rheinisch-Westfälischen Devisen eher fest, wenngleich die Haltung dafür im Laufe des wenig belebten Geschäftes auch erlahmte. Viele Nothverkäufe, die zur Effectuirung gelangten, drückten auf die Käufe. Von kleinen Bahnen zeigten Nahebahn (zwar niedriger) und Lüttich-Limburger einiges Leben. Cöln-Mindener war auch heute auf Prämie offerirt, Rheinische dagegen begehrt. Die Stimmung für Bankactien ließ sich wenig erkennen, da das Geschäft darin sich nur innerhalb der engsten Grenzen bewegte. Die Hauptbanken hielten sich ziemlich unverändert. Industrie-Papiere meist sehr still, nur in einzelnen Werthen war Verkehr, so gingen Dortmunder Union in ganz colossalen Posten um, zu 143—140—141 weichend, auf das Gerücht einer schlechten Dividende. (Bank- u. H.-Z.)

Berlin, 28. Mai. Der von der Berliner Disconto-Gesellschaft im verflossenen Geschäftsjahre erzielte Gesammtgewinn beträgt 9 Mill. Thlr. Es wird beantragt, eine Dividende von 27 Procent zu vertheilen, außerdem 3 Millionen Thlr. Gewinnreserve auf das Jahr 1873 zu übertragen. (Telegr. Dep. der Bresl. Ztg.)

[Privilegium.] Der „Staats-Anz.“ veröffentlicht das Privilegium wegen Ausfertigung auf den Inhaber lautender Obligationen des Kreises Wreschen im Betrage von 100,000 Thlrn.

Wien, 27. Mai. [Tägliche Liquidation.] Der bereits kurz gemeldete Beschluß der hiesigen Börsenkammer betreffs täglicher Liquidation lautet wörtlich: „Mit Rücksicht auf die Vorkommnisse der letzten Zeit beschließt die Börsenkammer das Geschäft wieder täglich und ohne Dazwischentreten des Adreß-Journals abzuwickeln. Daher sind die an der Vorbörse und der Börse gemachten Geschäfte nach dem früheren System (dem sogenannten Ketten-Arrangement) noch an demselben Tage nach Börsenschluß zu arrangiren, ausgenommen die Comptantschlüsse oder solche auf Zeit. Die Ablieferung und Uebernahme der Effecten hat am darauf folgenden Börsentage zu geschehen. Die bisherigen Bestimmungen über ein nur dreimaliges wöchentliches Arrangement und das Adreß-Journal werden hierdurch aufgehoben und gelten nur behufs Ordnung der Pendenzen.

Trautenau, 26. Mai. [Garnbörse.] Bei vollzähligem Besuche des heutigen Garnmarktes zeigte das heutige Geschäft nicht die gewohnte Lebendigkeit der letzten Wochen; es kamen zu den bisherigen festgehaltenen Notirungen wohl mehrere Schlüsse vor, doch dauerte im Ganzen die schon in der Vorwoche bemerkte beiderseitige Zurückhaltung fort.
Tow: Nr. 10 à 74½, Nr. 12 à 65, Nr. 14 à 60, Nr. 16 à 57, Nr. 18 à 53½, Nr. 20 à 50½, Nr. 22 à 48½, Nr. 25 à 46½, Nr. 28 à 44½, Nr. 30 à 43 Gulden pro Schock.
Line: Nr. 30 à 44½, Nr. 35 à 40, Nr. 40 à 37¼, Nr. 45 à 36¼, Nr. 50 à 35¼, Nr. 55—70 à 34½ Gulden pro Schock durchschnittlich, Ziel 4 Monat, per Cassa 2 pCt. Sconto.

Posen, 27. Mai. [Producten-Bericht von Lewin Berwin Söhne.] Roggen: (pro 1000 Kilogramm) fest. Kündigungspreis 57¾. Gek. — Wspl. Mai 57¾ bez. u. G., Mai-Juni 57½ bez. u. G., Juni-Juli 56¾ bez. u. G., Juli-August 55½ bez. u. G., August-September 54½ G., Herbst 53¾ bez. u. G. — Spiritus (pro 10,000 Liter %) matter. Kündigungspreis 17 13/24. Gek. 15,000 Liter. Mai 17½—½ bez. u. Br.,

Juni 17¹⁷/₂₄—¾ bez. u. G., Juli 18 bez. G. u. Br., August 18¼ bez. u. G., September 18¼ bez. u. Br., October 17⅞ G.

Posener Markt-Bericht. Weizen: begehrt, pro 1050 Kilogramm feiner 95—100 Thlr., mittel 85—90 Thlr., ordinär und defect 75—80 Thlr. — Roggen: gefragt, pr. 1000 Kilogr. feiner 56—58 Thlr., mittel 53—55 Thlr., ordinär 50—52 Thlr. — Gerste: höher bezahlt, pr. 925 Kilogr. feine 51—54 Thlr., mittel und ordinär 46—49 Thlr. — Hafer: beachtet, pr. 625 Kilogramm feiner 30—33 Thlr., mittel u. defect 27—29 Thlr. — Erbsen: unverändert, pro 1125 Kilogramm, Koch-Erbsen 50—54 Thlr., Futter-Erbsen 46—48 Thlr. — Lupinen: preishaltend, pr. 1125 Kilogr. gelbe 33—37½ Thlr., blaue 28—31 Thlr. — Wicken: matt, pr. 1125 Kilogr. 38—40 Thlr. — Oelsaaten: pr. 50 Kilogr. Raps — Thlr. Rips — Thlr. — Leinsamen: ohne Umsatz, pro 50 Kilogr. 75—85 Thlr. — Klee matt, weiß 10—20, roth 12—16 Thlr. — Buchweizen: geschäftslos, pr. 75 Kilogramm 46—50 Thlr. — Feinste Waaren über Notiz. — Wetter: Schön.

Berlin, 27. Mai. Weizen: Termine besonders auf die späteren Sichten gewichen. Gekündigt 13,000 Ctnr. Kündigungspreis 88¾ Thlr. Loco 72—92 Thlr. pro 1000 Kilogr. nach Qualität bez., pro Mai 88⅞—¾ Thlr. bez., Mai-Juni 88⅞—88 Thlr. bez., Juni-Juli 88⅞—88 Thlr. bez., Juli-August 85⅞—⅝ Thlr. bez., August-September — Thlr. bez., September-October 80⅞—¼ Thlr. bez., October-November 79⅞—79 Thlr. bez., gelber — Thlr. bez. — Roggen loco ließ sich ziemlich leicht verwerthen. Termine folgten der Bewegung im Weizenhandel, und wurden auch hierin Realisationsverkäufe bewirkt, die einen Preisdruck von ⅞ Thlr. herbeiführten. Gekündigt 8000 Ctnr. Kündigungspreis 57⅞ Thlr. Loco 57—62 Thlr. pro 1000 Kilogr. nach Qualität gefordert, inländischer 60 Thlr. ab Kahn bez., russischer 56—⅞ Thlr. ab Kahn bez., pr. Mai 57⅞—⅞ Thlr. bez., Mai-Juni 56⅞—⅛ Thlr. bez., Juni-Juli 56⅞—⅛ Thlr. bez., Juli-August 56⅞—56 Thlr. bez., August-September — Thlr. bez., September-October 55⅝—⅞ Thlr. bez., October-November — Thlr. bez. — Rüböl auf nahe Sichten matt, spätere wenig verändert. Gekündigt — Ctnr. Kündigungspreis — Thlr. Loco 21⅞ Thlr. bez. — Spiritus matt und billiger verkauft, loco ohne Faß 18 Thlr. 8 Sgr. bez., pro Mai 18 Thlr. 8 Sgr. bez., Mai-Juni 18 Thlr. 8—6 Sgr. bez., Juni-Juli 18 Thlr. 9—7 Sgr. bez., Juli-August 18 Thlr. 20—18 Sgr. bez., August-September 18 Thlr. 29—27 Sgr. bez., September-October 18 Thlr. 22—20 Sgr. bez. — Gekündigt 90,000 Liter. Kündigungspreis 18 Thlr. 9 Sgr. bez. — Wetter: Trübe.

Breslau, 28. Mai, 9¾ Uhr Vorm. Der Geschäftsverkehr am heutigen Markte war sehr ruhig, bei schwachen Zufuhren und unveränderten Preisen.

Weizen schwache Kauflust, pr. 100 Kilogr. schlesischer weißer 8—9⅝ Thlr., gelber 7⅞—9⅝ Thlr., feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen blieb in feinen Qualitäten gut verkäuflich, pr. 100 Kilog. 6⅛ bis 6⅞ Thlr., feinste Sorte 6⅞ Thlr. bezahlt.

Gerste preishaltend, pr. 100 Kilogr. neue 5⅞ bis 5⅞ Thlr., weiße 6 bis 6⅞ Thlr.

Hafer sehr fest, pr. 100 Kilogr. 4⅞—5⅞ Thlr., feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Erbsen mehr beachtet, pr. 100 Kilogr. 4⅞—5⅞ Thlr.

Wicken matter, pr. 100 Kilog. 3⅞—4⅞ Thlr.

Lupinen gut gefragt, pr. 100 Kilogr. gelbe 3⅞—3⅞ Thlr., blaue 3¼ bis 3⅞ Thlr.

Bohnen preishaltend, pr. 100 Kilog. 5⅞—6 Thlr.

Mais schwach zugeführt, pr. 100 Kilog. 5⅞—5⅞ Thlr.

Oelsaaten schwach offerirt.

Schlaglein gute Kauflust.

Per 100 Kilogramm netto in Thlr., Sgr., Pf.

Schlag-Leinsaat	8	20	—	9	—	—	9	15	—
Winter-Raps	9	7	6	9	15	—	10	—	—
Winter-Rübsen	8	15	—	8	17	6	9	17	6
Sommer-Rübsen	8	10	—	8	17	6	9	7	6
Leindotter	7	2	6	7	15	—	8	2	6

Rapskuchen unverändert, schlesische 71—72 Sgr. pr. 50 Kilogr.

Leinkuchen mehr beachtet, schlesische 90—92 Sgr. pr. 50 Kilogr.

Kleesaat ohne Zufuhr, — rothe 12—16⅔ Thlr. pr. 50 Kilogr., weiße 12—16—18 Thlr. pr. 50 Kilogr., hochfeine über Notiz bezahlt.

Kartoffeln pr. 50 Kilogr. 28 Sgr. bis 1 Thlr., pr. 5 Liter 3¼—4 Sgr.

Thymothee ohne Aenderung, 8⅔—10⅔ Thlr. pr. 50 Kilogr.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

München, 27. Mai. Das hiesige Generalauditoriat hat in seiner heutigen Sitzung das Urtheil des Militärbezirksgerichts zu München, durch welches der Hauptmann Betz wegen Entwendung eines Hundes in Sedan und der Lieutenant Rebay wegen Theilnahme an diesem Vergehen zu Gefägniß und Dienstentlassung verurtheilt wurden, vernichtet, und beide Angeklagte freigesprochen.

Straßburg, 27. Mai. Der Oberpräsident hat die Suspension des hiesigen Gemeinderathes für die Dauer eines Jahres verlängert.

Versailles, 27. Mai. Nationalversammlung. Die Wahlen Lesguillon's, Duperuy's und Barodet's wurde ohne Discussion für gültig erklärt. Es folgt die Berathung über das Gesetz, betreffend die neuen östlichen Eisenbahnen. Während der Rede Claviers, der das Gesetz bekämpft, tritt Thiers ein und wird mit dreimaligem Beifalle der Linken empfangen. Thiers nimmt den Platz im linken Centrum (neuer Beifall links).

Paris, 27. Mai, Abends. Der „Moniteur" betrachtet die Verwerfung der von Thiers abgeschlossenen Handelsverträge durch die Nationalversammlung wahrscheinlich. — Als Nachfolger Picards in Brüssel wird Baron Baude, als der Langfrey's in Bern Haussonville genannt. Dem Herzog Decazes soll der Posten eines Botschafters in Petersburg angeboten sein. Es heißt, Fournier, Gesandter in Rom, habe demissionirt. Die Nachricht von der Ankunft des Prinzen Napoleon ist unbegründet.

Paris, 27. Mai, Abends 5 Uhr. Heute Nachmittag ist Seitens des Herzogs von Broglie den auswärtigen Botschaftern und Gesandten die officielle Notification der Erwählung des Marschalls Mac Mahon zum Präsidenten der Republik und seiner eigenen Ernennung zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten zugegangen.

Bern, 27. Mai. In einer zu Courrendlin abgehaltenen Volksversammlung der Ultramontanen wurde der Beschluß gefaßt, gegen die Amtsentsetzung des Bischofs Lachat und der Geistlichen im Berner Jura an die Bundesversammlung zu recurriren.

Bern, 26. Mai. Von der würtembergischen Regierung ist das seither hier bestandene würtembergische Consulat aufgehoben worden.

Schaffhausen, 27. Mai. Die Wahlen des Cantons Schaffhausen sind entschieden zu Gunsten der Revision ausgefallen, von den 82 Mitgliedern des früheren großen Raths wurden nur 37 wiedergewählt.

Rom, 27. Mai. Die Kaiserin von Rußland hat dem Papst ihren Besuch angemeldet und wird demnächst von ihm empfangen werden. — Die Deputirtenkammer hat in ihrer heutigen Sitzung den Gesetzentwurf über die religiösen Körperschaften im Ganzen mit 196 gegen 46 Stimmen angenommen.

Haag, 27. Mai. Der Minister für die Colonien machte heute in der Sitzung der zweiten Kammer die Mittheilung, daß nach einer telegraphischen Meldung des General-Gouverneurs von Indien vom gestrigen Abend in Deli vollständige Ruhe herrsche. In Edi (einer vom Sultanat Atchin abhängigen Stadt) seien 8 Compagnien Regierungstruppen eingerückt und die holländische Fahne aufgepflanzt worden.

Konstantinopel, 27. Mai. In der Nähe der Wohnungen der Derwische brach heute Morgen in Pera eine Feuersbrunst aus, durch welche etwa 20 Häuser und Magazine zerstört wurden.

Berliner Börse vom 27. Mai 1873.

Wechsel-Course.

Amsterdam 250 Fl.	k. S.	5	138⅝ bz.
do. do.	2 M.	5	137⅞ bz.
Hamburg 300 Mk.	k. S.	4	— —
do. do.	2 M.	4	— —
London 1 Lst.	3 M.	6	6.18⅝ bz.
Paris 300 Frcs.	2 M.	5	— —
Wien 150 Fl.	8 T.	5	88 bz.
do. do.	2 M.	5	86⅝ bz.
Augsburg 100 Fl.	2 M.	5	56.12 G.
Leipzig 100 Thlr.	8 T.	6	99⅝ G.
do. do.	2 M.	4½	— —
Frankf. a. M. 100 Fl.	2 M.	5	— —
Petersburg 100 SR.	3 M.	4½	88¼ bz.
Warschau 90 SR.	8 T.	4½	80⅝ bz.
Bremen	8 T.	5	—

Fonds und Geld-Course.

	Freiw. Staats-Anleihe	4½	— —
	Staats-Anl. 4½ %ige	4½	99½ bz. G.
	dito consolid.	4½	104 bz.
	dito 4%ige	4	94½ G.
	Staats-Schuldscheine	3½	89 B.
	Präm.-Anleihe v. 1855	3½	125 B.
	Berliner Stadt-Oblig.	4½	100⅝ bz.
	Cöln-Mind. Prämiensch	3½	91⅝ bz.
Pfandbriefe	Berliner	4½	99 bz. G.
Pfandbriefe	Central-Boden-Cr.	5	100 B.
Pfandbriefe	do. Unkündb.	5	104 G.
Pfandbriefe	Pommersche	3½	81¼ G
Pfandbriefe	Posensche	4	89¼ G
Pfandbriefe	Schlesische	3½	82¼ G.
Rentenbriefe	Kur- u. Neumärk.	4	93¾ bz B
Rentenbriefe	Pommersche	4	94⅝ B.
Rentenbriefe	Posensche	4	92⅞ bz. B.
Rentenbriefe	Preussische	4	93¾ G.
Rentenbriefe	Westfäl. u. Rhein.	4	96 bz.
Rentenbriefe	Sächsische	4	95¾ B.
Rentenbriefe	Schlesische	4	94 B.

Kurh. 40 Thlr.-Loose 72 B.
Oldenburger Loose 38¼ bz.

Louisd'or 109¼ G.	Dollars 1.11¼ bz
Sovereigns 6.20½ G.	FrmdBkn. 99⅝ bz B.
Napoleons 5.9⅞ bz B	Oest. Bkn. 89 bz.
Imperials — —	Russ. Bkn. 80⅞ bz.

Ausländische Fonds.

Oest. Silberrente	4⅕	64⅛ à 3⅞ bz.
do. Papierrente	4⅕	60 à 59⅝ bz.
do. Lott.-Anl. v. 60	5	91¾ à ¼ bz.
do. 54er Präm.-Anl.	4	90 G.
do. Credit-Loose	—	114 G.
do. 64er Loose	—	96 B.
do. Silberpfandbr.	5½	81 bz.
Pfdb. d. Oest. Bd.-Cr.-Gs.	5	89 G.
Wiener Silberpfandbr.	5½	87 bz. B.
Russ. Präm.-Anl. v. 64	5	130 bz.
do. do. 1866	5	127 bz.
do. Bod.-Cred.-Pfb.	5	88¾ bz.
Russ.-Pol. Schatz-Obl.	4	75 B
Poln. Pfandbr. III. Em.	4	75⅜ G.
Poln. Liquid.-Pfandbr.	4	63 bz. B
Amerik. 6% Anl. p. 1882	6	96¼ et bz. G.
do. do. p. 1885	6	97⅛ bz.
do. 5% Anleihe	5	94⅞ bz.
Badische Präm.-Anl.	4	108 bz.
Baiersche 4% Anleihe	4	109⅞ et bz B.
Französische Rente	5	86⅝ bz.
Ital. neue 5% Anleihe	5	59⅝ à ½ bz
Ital. Tabak-Oblig.	6	91 bz. B.
Raab-Grazer 100 Thlr-L.	4	79½ B.
Rumänische Anleihe	8	— — kl. 98¼ G.
Türkische Anleihe	5	50 à 49⅝ bz.
Ung. 5% St. Eisenb. Anl.	5	74⅝ B.

Badische 35 Fl.-Loose 39½ bz.
Braunschw. Präm.-Anl. 23⅝ bz. B.
Schwedische 10 Thlr.-Loose — —
Finnische 10 Thlr.-Loose 9⅝ B.

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Berg.-Märk. Serie II.	4½	98½ bz G.
do. III. v. St. 3½ g.	3½	82⅝ bz B.
do. do. VI.	4½	97½ B
do. Nordbahn	5	101⅞ bz. B
Breslau-Freib. Litt. D.	4½	96½ bz.
do. do. G.	4½	96½ bz.
do. do. H.	4½	96½ bz.
Cöln-Minden III.	4	88 et bz. B
do. do. do.	4½	98½ G.
do. do. IV.	4	89 bz.
do. do. V.	4	89 B.
Märkisch-Posener	5	101½ G.
Ndrschl.-Märkische	4	92 B.
do. do. III.	4	— —
do. do. IV.	4½	— —
Ndrschl. Zwgb. Lit. C.	5	99¾ B.
do. do. D.	5	99¾ B.
Oberschles. A.	4	— —
do. B.	3½	— —
do. C.	4	— —
do. D.	4	89 B
do. E.	3½	81⅞ bz.
do. F.	4½	—
do. G.	4½	97½ G.
do. H.	4½	— —
do.	6	101 G.
do. Brieg-Neisse	4½	— —
Cosel-Oderb. (Wilh.)	4	— —
do. do. III.	4½	— —
do. do. IV.	4½	
do. do.	5	101¼ bz G
Ostpreuss. Südbahn	5	101¼ bz. G.
Rechte-Oder-Ufer-B.	5	101 G.
Schlesw. Eisenbahn	4½	96 B.
Stargard-Posen III. Em.	4½	— —
Lemberg-Czernowitz	5	67 B.
do. do. II.	5	77 bz.
do. do. III.	5	67 bz.
Gal. Carl-Ludw.-Bahn.	5	90⅝ B.
do. do. neue	5	87 G
Kaschau-Oderberg	5	81⅞ bz. B.
Kronpr. Rudolph-Bhn.	5	83½ bz.
Mähr.-Schl. Centralbhn.	5	78 bz.
Oesterr.-Französische	3	293¾ bz. G.
do. do. neue	3	283 bz.
do. südl. Staatsbhn.	3	244¾ bz. G.
do. neue	3	244¾ bz. G.
do. Obligationen	5	85⅝ bz. G.
Chemnitz-Komotau	5	90½ G.
Prag-Dux	5	85½ B. ¼ G.
Dux-Bodenbach	5	86¾ B.
Rockford Rock Island	7	28½ bz.
Ung. Nordostbahn	5	70 bz.
Ung. Ostbahn	5	66 B.
Warschau-Wien II.	5	93 B.
do. III.	5	92¾ et bz. G.

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Divid. pro	1871	1872	Zf.	
Aachen-Mastricht	⅗	—	4	38⅝ et bz B.
Berg.-Märkische	7½	—	4	106⅞ à ½ bz
Berlin-Anhalt	18½	17	4	176⅛ bz
Berlin-Görlitz	0	3½	4	103½ bz G.
Berlin-Hamburg	10⅝	12	4	225⅛ bz
Berl.-Potsd.-Magd.	14	8	4	134 bz G.
Berlin-Stettin	11½	12⅝	4	182 bz B.
Böhm. Westbahn	8½	—	5	100 B.
Breslau-Freib.	9⅝	7½	4	110⅝ bz
do. neue	—	—	5	102¼ bz
Cöln-Minden	11 1/5	—	4	142½ à 42 bz
do. do. neue	5	5	5	109 bz B.
Dux-Bodenbach B.	5	—	5	59¼ bz
Gal. C.-Ludw.-B.	8⅝	—	5	95 à 94¼ bz
Halle-Sorau Guben	4	0	4	52 bz G.
Hannover-Altenb.	5	—	5	68 bz
Kaschau-Oderberg	5	5	5	74⅝ bz B.
Kronpr.-Rudolfb.	5	5	5	73 bz B.
Ludwigsh.-Bexb.	11⅝	11	4	187¾ bz
Märk.-Posener	0	0	4	49¾ bz
Magdeb.-Halberst.	8⅝	—	4	130 bz B.
Magdeb.-Leipzig	16	4	4	255 bz G.
do. Lit. B.	4	4	4	96 bz G
Mainz-Ludwigshaf.	11	11 6/10	4	164⅞ bz
Ndrschl.-Märk.	4	4	4	94¾ B.
Ndrschl.-Zweigb.	5	—	4	—
Oberschles. A. u. C.	13⅝	13⅝	3½	176 bz
do. B.	13⅝	13⅝	3½	153 bz
Oestr.-Fr.-St.-B.	12	12	5	193½ à 2¼ bz
Oester.-Nordwestb.	5	5	5	124½ à 24 bz
Oestr. südl. St.-B.	4	4	5	109½ à 9 bz
Ostpreuss. Südb.	0	0	4	41½ bz
Rechte O.-U.-Bahn	3	6	5	113⅝ bz
Reichenberg-Pard.	4⅖	4½	4½	72½ bz
Rheinische	10	—	4	138¼ à 8 bz
Rhein-Nahe-Bahn	0	0	4	37½ bz
Rumän. Eisenb.	5⅝	—	6	40½ bz
Schweiz. Westbahn	2	—	4	46½ bz B.
Stargard-Posener	4½	4½	4½	99¼ bz B.
Thüringer	10½	9	4	135 bz
Warschau-Wien	12	—	5	82⅝ bz

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.

Berlin-Görlitzer	5	5	5	101¾ bz G.
Berlin Nordbahn	—	5	5	57½ bz G.
Breslau-Warschau	5	—	5	49½ B
Halle-Sorau Guben	5	2½	5	72 bz
Hannover-Altenb.	5	—	5	83 bz G.
Kohlfurt-Falkenb.	2½	5	5	87¾ bz B.
Märk.-Posener	1½	0	5	73½ bz G.
Magdeb.-Halberst.	3½	5	3½	80⅜ bz
Ostpr. Südbahn	0	0	5	67½ bz
Rechte O.-U.-Bahn	5	6	5	119 bz
Saal-Bahn	—	5	5	69 bz

Bank- und Industrie-Papiere.

AngloDeutscheBk	—	7½	5	88¾ bz B
Berliner Bank	15	14	4	102 b
Berl. Bankverein	16	18	5	122¼ bz G
Berl. Kassen-Ver.	12⅖	29 3/10	4	272⅜ bz G.
Berlin. Hand.-Ges.	12½	—	4	146½ bz G.
Berl. Lombard-Bk	5	11¼	5	70 B.
Berl. Makler-Bank	25⅝	11	4	87½ bz
Berl. Prod.-Makl.-B.	—	8½	5	91½ bz G.
Berl. Wechslerbnk.	12½	0	5	46 bz G.
Braunschw. Bank	8⅝	8⅝	4	117⅝ bz G.
Bresl. Disc.-Bank				
Friedenthal u. C.	13	10	4	95½ bz
Bresl. Handels-Ges.	—	9	5	—
Bresl. Maklerbank	—	30	5	108 bz B.
BreslMakl-Ver-Bk	4½	7	5	92¾ B.
BrProvWechslerB.	—	12	5	92 B.
Brsl. Wechslerbnk.	12	12	4	92½ bz B
Centr.-Bk. f. Genos.	12	14	4	113 bz G.
CoburgerCred.-Bk.	10½	7¼	4	90 bz B.
Danziger Priv.-Bk.	7	7	4	112½ bz G.
Darmst. Creditb.	15	15	4	171¾ bz
Darmst. Zettelbank	8	7	4	104⅝ bz G.
Dessauer	—	—	fr.	—
Deutsche Bank	8	8	4	94½ bz G.
DeutscheUnionsbk	11½	9½	4	90½ bz
Disc.-Com.-A.	24	—	4	232¾ bz
Genfer Bank	—	—	fr.	4 G.
Genossensch.-Bnk.	10⅝	10⅝	4	135 bz G
do. jung.	—	—	4	124 G.
Gewb. Schusteru. C.	10⅝	10	4	107⅝ bz
Goth. Grundcred.-B	9	9½	4	107 bz G.
Hamb. Nordd. Bk.	12⅗	13⅝	4	163 B.
do. Vereins-Bk.	11½	13⅝	4	121 G.
Hannover'sche do.	5⅗	6 6/10	5	103⅞ bz B.
do. Disconto-Bk.	—	5	4	77⅞ bz B.
Hessische Bank.	—	6⅝	4	70½ bz B
Königsberger do.	11	8	5	78⅞ bz B.
Landw.-B. Kwileck	14	—	4	80 G.
Leipz. Credit-Bnk.	11	15	5	172⅞ bz
Luxemburger do.	12	12	4	131½ bz B.
Magdeburger do.	5⅘	5½	4	105¼ G.
Meininger do.	12	12	4	129¼ bz B.
Moldauer Lds.-Bk.	6		4	64 B.
Ndrschl. Cassenver.	12	15	4	112⅞ bz B.
Nordd. Grundcr.-B	8	13¼	4	104 bz G.
Oberlausitzer Bnk.	10⅝	8 3/10	5	92 B.
Oest. Credit-Actien	17½	18⅝	5	168 à 6 à ¾ bz
Ostdeutsche Bank	—	8	5	79 bz G
OstdProducten-Bk	—	8½	5	65 B.
Posener Bank	6⅘	6½	4	106¾ G.
Pos. ProvWechslb.	—	8	4	70 B.
Preuss. Bank-Act.	12 3/10	13½	4	184¾ bz B.
Pr. Bod.-Cr.-Act.-B	14	—	5	113 bz G
Pr. Central-Bod. Cr.	9½	9½	5	120¼ bz
Pr. Credit-Anstalt.	—	24	5	84½ bz B
Prov-Wechsler-Bk	—	7½	4	81½ bz G
Sächs. B. 60% I. S.	10	12	4	145¾ B.
Sächs. Cred.-Bank	11	13	4	102¼ G.
Schles. Bank-Ver.	12	14	4	136 bz B.
Schl. Vereins-Bank	—	9	5	94 bz
Thüringer Bank	9	14	5	120 bz G.
Ver.-Bk. Quistorp.	16	19	5	152 bz G
Weimar. Bank	7	8	4	111 et bz B.
WienerUnionbank	16½	5	5	97¾ bz B
Berl. Eisenb. Bed.-A	10½	11¼	5	165 bz
Görlitzer do.	0	0	5	59½ bz G
Oberschles. do.	6	14	5	139¼ bz
Märk. Schl. Masch.-G	—	—	5	55 b G.
Nordd. Papierfabr.	8 1/10	8	5	92¼ bz
Westend, Comm.-G.	18	17	5	160⅝ bz G
Baltischer Lloyd.	10	0	5	58½ G.
Bresl. Bierbrauerei	7	—	5	67 G.
do. verein. Oelfab.	—	—	5	76 B.
Bresl. E-Wagenbau	7	7½	5	78½ G.
Erdm. Spinnerei.	—	9	5	75¼ bz G.
Hoffm's Wagg. Fab	—	6	5	63½ G.
S. Act. Br. (Scholtz)	9	—	5	77 B.
do. Porzellan	—	7	5	95 bz
Schl. Leinenindust.	10	—	5	102½ bz G.
Schl. Tuchfabrik	11	—	5	94¾ bz B.
do. Wagenb. Anst.	—	9	5	78 bz G
Donnersmarkhütte	—	—	5	81¼ et bz
Königs- u. Laurah.	12½	—	5	230 bz
Lauchhammer	7	—		103 bz G.
Marienhütte	—	—		106 bz G.
Minerva	0	—	5	22 G B.
O. Schl Eisenwerke	—	11	5	72 bz G.
Redenhütte	—	10	5	95½ G.
Schl. Kohlenwerk	—	—		107 bz G.
Schles. Zinkh.-Act.	6	8	5	103 bz
do. St.-Pr.-Act.	6	8	5	102½ bz B
Tarnowitz. Bergb.	9	20	4½	269 bz
Hyp. Pfdb. d. Pr. Bod	—	—	fr.	98½ G
Pomm. Hyp.-Briefe	—	—	fr.	99 B.
Goth. Präm.-Pfndb.	—	—	5	102½ bz
MeiningerPrämPfb	—	—	5	91¾ bz
Pr. Hyp.-Vers.-Act.	12	16⅘	4	121 bz G
Schles. Feuervers.	30	17½	4	122 G.

Bank-Discont 6 pCt.
Lombard-Zinsfuss 7 pCt.

Telegraphische Course und Börsennachrichten.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Paris, 27. Mai, Nachmittags 3 Uhr. [Schluß-Course.] 3proc. Rente 56, 05. Anleihe de 1871 88, 35. Anleihe de 1872 89, 55. Ital. 5proc. Rente 62, 65. do. Tabaksactien 797, 50. Franzosen (gestempelt) 748, 75. do. neue —, —. Oesterr. Nordwestbahn —, —. Lomb. Eisenbahn-Actien 418, 75. do. Prioritäten 255, 00. Türken de 1865 53, 35. do. de 1869 320, 00. Türkenloose —, —. Goldagio —. Träge.

London, 27. Mai, Nachmittag 4 Uhr. Consols 93¹³/₁₆. Italienische 5procentige Rente 61⅜. Lombarden 16⅜. 5procentige Russen de 1862 94. 5proc. Russen de 1864 94⅛. Silber — —. Türk. Anleihe de 1865 52¹/₁₆. 6proc. Türken de 1869 61⅛. 9proc. Türken-Bonds —. 6proc. Verein. St. pro 1882 90¾. Berlin 6, 25. Hamburg 3 Monat 20, 50. Frankfurt a. M. 119¾. Wien 11, 50. Paris 25, 85. Petersburg 31⅞. Oesterr. Silberrente 65½. Oesterr. Papierrente 60⅜. Platzdiscont 5¾ à 6 pCt.

Frankfurt a. M., 27. Mai, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluß-Course.] Lond. Wechsel 117¼. Pariser do. 91⅞. Wiener do. 104¾.

Franzosen*) 339½. Hess. Ludwigbahn 166. Böhmische Westbahn 230. Lombarden*) 191. Galizier 220. Elisabetbahn 245. Nordwestbahn 219½. Oregon 29⅞. Creditactien*) 293½. Russ. Bodencredit 89½. Russen 1872 91⅛. Silberrente 64¼. Papierrente 59⅞. 1860er Loose 91¼. 1864er Loose 171. Raab-Grazer 79. Amerikaner de 82 95⅛. Darmst. Bank 425. Deutsch-österr. Bank 105¼. Prov.-Disconto-Gesellschaft 140. Brüsseler Bank 104¾. Berliner Bankverein 122¾. Frankf. Bankverein 123. do. Wechslerbank 89. Nationalbank 990. Meininger Bank 129. Schiff'sche Bank —. Hahn Effectenbank 122⅝. Continental 108¾.

Süddeutsche Immobilien-Gesellschaft 117¼. Hibernia 117.

In Folge der Berliner und Wiener Leblosigkeit schloß die Börse matt. Nachdem in Paris sich der Umschwung in den politischen Verhältnissen friedlich vollzogen, ist der Einfluß der Meldungen von dort geringer. Prolongationen für gute Adressen waren leicht, wenn auch nicht billig erhältlich.

Nach Schluß der Börse: Creditactien 292. Franzosen 337¼. Lombarden 190⅞. Silberrente 64⁵/₁₆. Darmstädter Bankactien —.

*) per medio resp. per ultimo.

Frankfurt a. M., 27. Mai, Abends. [Effecten-Societät.] Amerikaner 95⅛. Creditact. 292¾. 1860er Loose 91. Franzosen 337½. Staatsbahn —. Lombard. 191⅝. Galizier 220. Silberrente — —. Papierrente 59¹⁵/₁₆. Nationalbank —. Frankfurter Bankverein —. Deutsch-österreichische Bank — —. Hahn'sche Effektenbank 123. Nordwestbahn —. Meininger Bank —. Continental —. Bankactien 991. Elisabethbahn —. Hibernia —. Franz-Josephbahn 224¾. Besser, geschäftslos.

Dresden, 27. Mai, Nachmittags 2 Uhr. Creditactien 167. Lomb. 109. Silberrente 64½. Sächsische Creditbank 103. Sächsische Bank (alte) 146½. do. (junge) 140½. Leipziger Credit 174½. Dresdener Bank 95¼. Dresdener Wechslerbank 104. Dresdner Handelsbank 79. Sächsischer Bankverein 86. Oesterr. Noten 90. Lauchhammer —. — Matt.

Hamburg, 27. Mai, Nachm. [Schluß-Course.] Hamb. Staats-Prior. A. 102. Oesterreichische Silber-Rente 64. Credit-Actien 250. do. 1860er Loose 92½. Nordwestb. —. Franzosen 722. Raab-Grazer —. Lombarden 410. Ital. Rente 59½. Bergisch-Märkische —. Cöln-Mindner —. Rh. Eisenb.-St.-Actien —. Vereinsbank 121¾. Hahn —. Laurahütte 230. Commerzbank 105¼. Norddeutsche Bank 163½. Provinz.-Disc.-Bank —. Anglo-Deutsche Bank 86. do. neue 88. Dän. Landmbk. 100. Dortmunder Union 141½. Wien. Unionb. —. 64er Russ. Pr. A. —. 66er Russ. Prior. A. —. Amerikaner de 1882 90¼. Disconto 6½%. Internationale Bank —. Oesterr. Stasbahn —. Schwankend. Schluß fest.

Wechselnotirungen: London lang 19, 83 Br., 19, 77 Gd., London kurz 20, 11 Br., 20, 03 Gd., Amsterdam 164, 40 Br., 163, 60 Gd., Wien 174, 00 Br., 172, 00 Gd., Paris 77, 70 Br., 77, 30 Gd., Petersburger Wechsel 265, 00 Br., 263, 00 Gd., Frankfurt a. M. 168, 70 Br., 167, 90 Gd.

Hamburg, 27. Mai. [Getreidemarkt.] Weizen und Roggen loco unverändert, auf Termine ruhig. Weizen pr. Mai 126pfd. 1000 Kilo netto 270 Br., 268 G., pr. Mai-Juni 126pfd. pr. 1000 Kilo netto 258 Br., 257 Gd., pr. Juli-August pr. 1000 Kilo netto 252 Br., 251 Gd., pr. September-October 126pfd. pr. 1000 Kilo netto 242 Br., 241 Gd. Roggen pr. Mai 1000 Kilo netto 172 Br., 171 Gd., pr. Mai-Juni 1000 Kilo netto 171 Br., 170 Gd., per Juli-August 1000 Kilo netto 171 Br., 170 Gd., pr. Septbr.-Octbr. 1000 Kilo netto 170 Br., 169 Gd. Hafer und Gerste unverändert. Rüböl matt, loco 34½ Br., pr. Mai 23, pr. Octbr. pr. 200 Pfd. 71. Spiritus höher, pr. Mai 100 Liter 100% 43, pr. August-September 48, pr. September-October 47. Kaffee ruhig; Umsatz 2000 Sack. Petroleum behauptet, Standard white loco 16, 25 Br., 16, 10 Gd., pr. Mai 16, 20 Gd., pr. August-December 16, 90 Gd. — Wetter: Regen.

Hamburg, 27. Mai, 8 Uhr 30 Min. [Abendbörse.] Oesterr. Silberrente 64¼. Oesterr. Creditactien 250. Franzosen —. Lombarden 409,50—410, 50. Italiener 59½. Norddeutsche Bank —. Rhein. Bahn 137⅞. Köln-Mindner 140½. Bergisch-Märk. 105¼. Laurahütte 231. Dortmund. Union 141. Internationale Bank —. Amerikaner 90⅞. Nordwestbahn 466. Oesterreich. Staatsbahn 725. Hamburger Commerz- und Discontobank 105. Eisenbahn-St.-Actien 137½. Anglo-Deutsche Bank 86. Fest.

Liverpool, 27. Mai. Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 10,000 Ballen. Fest. Tagesimport 58,000 B., davon 24,000 B. amerikanische, 15,000 B. ostindische.

Liverpool, 27. Mai, Nachm. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 12,000 Ballen, davon für Speculation und Export 3000 B. Fest.

Middl. Orleans 9⁵/₁₆, middl. amerikanische 8⅞, fair Dhollerah 6⅛, midd. fair Dhollerah 5⅞, good middl. Dhollerah 4⅞, middl. Dhollerah 4, fair Bengal —, fair Broach 6¼, new fair Domra 6⁵/₁₆, good fair Domra 6¹³/₁₆, fair Madras 6¼, fair Pernam 9⅝, fair Smyrna, 7, fair Egyptian 9¾.

Orleans nicht unter low middling April-Verschiffung 9⅛ D.

Petersburg, 27. Mai, Nachm. 5 Uhr. [Schluß-Course.] Wechselcours auf London 3 Monat 32¹⁵/₃₂, do. auf Hamburg 3 Monat 273¼, do. auf Amsterdam 3 Monat 163¾, do. auf Paris 3 Monat 345¼, 1864er Prämien-Anleihe (gestpl.) 156¼, 1866er Prämien-Anleihe (gestplt.) 153. Imperials 6, 11, Große Russische Eisenbahn 138½, Internat. B. I. Emiss. 179 bez., do. II. Emiss. 117½ bez.

Petersburg, 27. Mai, Nachm. 5 Uhr. [Productenmarkt.] Talg loco 48, pr. August 49. Weizen loco 14½. pr. August 14½. Roggen loco 7, 60, pr. August 7, 45. Hafer loco 4, 25, pr. Juni 4, 15. Leinsaat (9 Pud) loco 14¾, pr. August 14¾. — Wetter veränderlich.

Königsberg, 27. Mai, Nachmittags. [Getreidemarkt.] Weizen fester. Roggen fest, loco 121/122pfd. 2000 Pfd. Zollgew. 51⅔, pr. Mai-Juni 52, pr. Juli-August 50⅚, pr. September-Octbr. 50⅙ Thlr. Gerste begehrt. Hafer sehr fest, loco pr. 2000 Pfd. Zollgew. 47⅓, pr. Mai-Juni 46 Thlr. Weiße Erbsen pr. 2000 Pfd. Zollgewicht 46⅔ Thlr. Spiritus pr. 100 Liter 100% loco und pr. Mai-Juni 17⅚, pr. Juli-August 18⅙ Thlr. — Wetter: Trübe.

Danzig, 27. Mai, Nachm. 2 Uhr. [Getreidemarkt.] Weizen geschäftslos, bunter pro 2000 Pfd. Zollgew. 85½, hellbunter 86, hochbunter und glasig 88, 126pfd. per Mai 85½ Thlr., per Juni-Juli 85½ Thlr. Roggen theuerer, 120pfd. loco pr. 2000 Pfd. Zollgew. inländ. 54, 120pfd. pr. Mai 52, pr. Juni-Juli 52 Thlr. Kleine Gerste pr. 2000 Pfd. Zollgewicht 50—52, große Gerste pr. 2000 Pfd. Zollgew. 57½ Thlr. Weiße Koch-Erbsen pr. 2000 Pfd. Zollgew. loco 46, do. Futter-Erbsen pr. 2000 Pfd. Zollgew. 43—44 Thlr. — Hafer pr. 2000 Pfd. Zollgewicht loco 50 Thaler. — Spiritus 100 Liter 100 pCt. loco 17⁷/₂₄ Thlr. — Wetter: —.

Köln, 27. Mai, Nachmittags 1 Uhr. [Getreidemarkt.] Weizen matter, hiesiger loco 9, 22½, fremder loco 9, 10, pr. Mai 9, 10, pr. Juli 8, 29½, pr. Novbr. 8, 1. — Roggen still, loco 6, 7½, pr. Mai 5, 20, pr. Juli 5, 21½, pr. November 5, 22. — Rüböl unverändert, loco 12, pr. Mai 11¼, pr. October 12⁹/₂₀. Leinöl loco 12⁶/₁₀. — Wetter: Gelinde.

Paris, 27. Mai, Nachmittag. [Productenmarkt.] Rüböl ruhig, pr. Mai 92, 75, pr. Juli-August 93, 75, pr. September-Decbr. 94, 75. — Mehl ruhig, pr. Mai 73, 00, pr. Juni 73, 25, pr. Juli-August 72, 75. Spiritus pr. Mai 54, 25. — Wetter: Regnerisch.

Liverpool, 27. Mai, Nachmittags. [Getreidemarkt.] Weizen flau, Mehl ruhig, Mais unverändert.

Antwerpen, 27. Mai. [Petroleummarkt.] (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco und pr. Mai 40 bez., 40⅛ Br., pr. Juni 40½ Br., pr. September 43½ Br., pr. Sept.-December 45 Br. Steigend.

Amsterdam, 27. Mai, Nachm. 4 Uhr 30 Minuten. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen pr. October 361. Roggen per Mai 205½, pr. October 207½. Raps pr. Herbst —. Rüböl loco —, pr. Herbst —.

Bremen, 27. Mai. Petroleum ruhig, Standard white loco 16 Mark 25 Pf. gefordert.

Verantwortlicher Redacteur Dr. Stein. (In Vertretung: Dr. Weis.)
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.